



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Anstieg des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise –
eine Analyse anhand makroökonomischer Faktoren“

Verfasserin

Alexandra-Isabella Zlabinger

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, im November 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuerin:

157
Internationale Betriebswirtschaft
Univ.-Ass. Mag. Dr. Adelina Gschwandtner

Widmung

Ich widme diese Diplomarbeit meiner Familie insbesondere meinen Eltern Isabella und Karl Zlabinger, die mich gefördert und unterstützt haben und die einen großen Beitrag dazu geleistet haben, dass ich heute ein weltoffener, gewissenhafter Mensch bin, der hinterfragt und sich seine eigene Meinung bildet. Mit viel Liebe und Geduld haben sie mich unter anderem gelehrt zu teilen, andere zu respektieren und dass Hass und Ausgrenzung keine adäquaten Mittel sind um seine Ziele zu erreichen.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 3. November 2010

Alexandra Zlabinger

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	vi
1. Einleitung.....	1
2. Phänomen Rechtspopulismus.....	2
2.1. Begriffserklärung.....	2
2.2. Ursachen für den Anstieg des Rechtspopulismus	3
2.2.1. Sozial-politische Einflussfaktoren.....	3
2.2.2. Wirtschaftspolitische Einflussfaktoren.....	4
2.3. Parteien in Österreich.....	5
2.4. Entwicklung des Rechtspopulismus in Österreich.....	7
3. Historische Entwicklungen	10
3.1. Arbeitslosigkeit	10
3.2. Wirtschaftswachstum und Steuerpolitik	13
3.3. Wahlbeteiligung.....	16
3.4. Ausländeranteil.....	17
4. Empirische Analyse	19
4.1. Forschungsfrage.....	19
4.2. Methodik.....	19
4.3. Datenbasis (Stichprobe).....	20
4.3.1. Rechtes Lager.....	21
4.3.2. Arbeitslosenquote	22
4.3.3. Bruttoinlandsprodukt (BIP).....	22
4.3.4. Abgabenquote	24
4.3.5. Wahlbeteiligung.....	24
4.3.6. Ausländeranteil.....	25
4.4. Ableitung der Hypothese	26
4.5. Prüfung der Hypothesen.....	29
4.5.1. Korrelationsanalyse	29
4.5.2. Lineare Regressionsanalyse.....	31
5. Diskussion der Ergebnisse und Fazit	39

6. Kurzzusammenfassung	43
7. Literaturverzeichnis	45
8. Anhang.....	49
Curriculum Vitae	63

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Mandatsverteilung im Nationalrat von 1945-2008	6
Tabelle 1: Bundeskanzler der Zweiten Republik von 1945-2008	7
Abbildung 2: Entwicklung des Wähleranteils des rechten Lagers von 1949-2008	9
Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote von 1949-2008	11
Abbildung 4: Veränderung des BIP pro Kopf und des BIP je Erwerbstätigen von 1979-2008.	14
Abbildung 5: Entwicklung der Abgabenquote von 1979-2008	15
Abbildung 6: Entwicklung der Wahlbeteiligung von 1949-2008	16
Abbildung 7: Entwicklung des Ausländeranteils an der österreichischen Gesamtbevölkerung	18
Tabelle 2: Überprüfung der Messdaten mittels Kolmogorov-Smirnov- Anpassungstest auf Normalverteilung	20
Tabelle 3: Deskriptivstatistik für den Wähleranteil des rechten Lagers.....	21
Tabelle 4: Deskriptivstatistik zur Arbeitslosenquote	22
Tabelle 5: Deskriptivstatistik zur Veränderung des realen BIP pro Kopf	23
Tabelle 6: Deskriptivstatistik zur Veränderung des realen BIP je Erwerbstätigen	23
Tabelle 7: Deskriptivstatistik zur Abgabenquote	24
Tabelle 8: Deskriptivstatistik zur Wahlbeteiligung	25
Tabelle 9: Deskriptivstatistik zum Ausländeranteil an der österreichischen Gesamtbevölkerung.....	26
Abbildung 8: Verlauf der Arbeitslosenquote im Vergleich mit den Wählerstimmen für rechtspopulistische Parteien von 1949-2008	26
Abbildung 9: Die prozentuelle Veränderung des realen BIP pro Kopf und Erwerbstätigen im Vergleich mit dem Wähleranteil des rechten Lagers von 1979-2008	27

Abbildung 10: Das Verhältnis von Wähleranteil für das rechte Lager und Wahlbeteiligung von 1949-2008.....	28
Abbildung 11: Entwicklung des Wähleranteils des rechten Lagers sowie des Ausländeranteils an der österreichischen Bevölkerung von 1962-2008.....	28
Tabelle 10: Ergebnis der Korrelationsanalyse vom Wähleranteil des rechten Lagers mit den Variablen Arbeitslosenquote, Veränderung des realen BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen, Abgabenquote, Wahlbeteiligung und Ausländeranteil sowie der Korrelationen zwischen den einzelnen Variablen ohne Zeitversatz	30
Tabelle 11: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Anteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Arbeitslosenquote	32
Abbildung 12: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und der Arbeitslosenquote ohne Zeitversatz	32
Tabelle 12: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Wähleranteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Veränderung des realen BIP pro Kopf ohne Zeitversatz	33
Tabelle 13: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Wähleranteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Veränderung des realen BIP/Erwerbstätigen ohne Zeitversatz	33
Abbildung 13: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und dem realen BIP pro Kopf ohne Zeitversatz.....	34
Abbildung 14: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und der Veränderung des realen BIP je Erwerbstätigen ohne Zeitversatz	35
Tabelle 14: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Wähleranteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Abgabenquote ohne Zeitversatz.....	35
Abbildung 15: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und der Abgabenquote ohne Zeitversatz	36
Tabelle 15: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Anteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Wahlbeteiligung ohne Zeitversatz.....	36
Abbildung 16: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und der Wahlbeteiligung ohne Zeitversatz	37
Tabelle 16: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für die Variablen rechtes Lager und Wahlbeteiligung ohne Zeitversatz.....	37
Abbildung 17: Boxplot zur Beziehung zwischen rechtem Lager und Ausländeranteil ohne Zeitversatz	38
Abbildung 18: Migration nach Österreich in den Jahren 2002 und 2008	41
Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der Asylanträge von 2002-2008	42

1. Einleitung

In Anbetracht der Tatsache, dass nach den letzten Nationalratswahlen die Freiheitliche Partei Österreichs (kurz FPÖ) 17,5 % der Wählerstimmen erhielt und als drittstärkste Partei mit 34 von 183 Sitzen in das Parlament eingezogen ist (Statistik Austria, 2010 a, S. 489-499) und dass ferner die Finanzkrise zur Zeit im Mittelpunkt der Geschehnisse steht (Helleiner, 2009, S. 1), ist es gerade jetzt naheliegend, sich mit diesen Ereignissen auseinander zu setzen und zu ergründen, welche Ursachen ein solcher Rechtsruck hat und vor allem ob wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein derartiges politisches Klima forcieren bzw. die Basis für einen politischen Wandel schaffen.

10,7 % der in Österreich lebenden Menschen sind keine österreichischen Staatsbürger (Statistik Austria, 2010 b) und sehen sich zum Teil den rechtspopulistischen Anfeindungen der Freiheitlichen Partei Österreich bzw. des Bündnis Zukunft Österreich ausgesetzt. Mit Wahlsprüchen wie „Daham statt Islam“, „Sozialstaat statt Zuwanderung“ oder „Sichere Pensionen statt Asymlationen“ werden die niedrigsten Instinkte der Wähler angesprochen, Ausländer als Gefahr für die soziale Sicherheit dargestellt (Luther, 2008, S. 8) und verborgenen Ängste und Vorurteile geschürt (Betz, 2002, S. 252). Andere politische-ökonomische Themen werden durch solche Wahlkampfstrategien in den Hintergrund gedrängt und von der potentiellen Wählerschaft mitunter gar nicht mehr wahrgenommen (Betz, 2002, S. 260).

Eine Erläuterung des Fallbeispiels Österreich ist nicht nur auf Grund der historisch tragenden Rolle des Landes während des Nationalsozialismus sondern auch angesichts der sehr kompakten politischen Landschaft von besonderer Bedeutung. Hierfür ist es notwendig, sich mit der Entwicklung des Rechtspopulismus zu befassen, sich mit dem bisherigen Forschungsstand auseinander zu setzen und zu erläutern, ob Zusammenhänge zwischen ökonomischen Faktoren bzw. deren Verlauf und einem Anstieg der Wählerstimmen für das rechte Lager bestehen und wenn ja, welche Bedeutung diesen zukommt, denn nur das Charisma und der Diskurs der Politiker, auch wenn diese eine wichtige Rolle spielen, können beim besten Willen nicht allein ausschlaggebend für den Anstieg des Rechtspopulismus sein, sondern mitunter auch die Angst den errungen Wohlstand wieder zu verlieren.

2. Phänomen Rechtspopulismus

2.1. Begriffserklärung

Der Begriff Populismus leitet sich vom lateinischen Wort „populus“, zu Deutsch „Volk“ ab und steht ursprünglich für eine von der Bevölkerung getragene Regierung, also für eine Demokratie. Doch bereits Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Bezeichnung „Populismus“ zu einem Synonym für eine opportunistische, oft hetzerische Politik, welche durch das Überziehen von Problemen probiert die breiten Massen, das „Volk“, für sich zu gewinnen (Dubiel, 2005, S. 25) (Brockhaus, 1999, S. 715).

Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger definieren eine populistische Politik wie folgt:

„Populistische Parteien agieren mittels eines „Wir“ und im Namen der „kleinen Leute“. Ein imaginäres Bündnis zwischen der Parteispitze und dem „Volk“ wird gegen etablierte, staatliche Einrichtungen eingegangen. Rhetorik und Marketing zählen zu den erfolgreichen Mobilisierungsstrategien.“ (Pelinka & Rosenberger, 2000, S. 134).

Cas Mudde meint zum Populismus:

„Populism is an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, “the pure people” versus “the corrupt elite”, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people.“ (Mudde, 2004, S. 543).

Der Rechtspopulismus geht noch einen Schritt weiter und prangert nicht nur Ungleichheiten zwischen dem Volk und den sogenannten Eliten an, sondern verschärft auch jene zwischen In- und Ausländern, wobei Ausländer als Fremdkörper einer Nation angesehen werden, die diese Einheit bzw. Kultur stören und gefährden (Pelinka, 2002, S. 285). Eine präzise Definition des Begriffs Rechtspopulismus birgt jedoch die Problematik in sich, dass sich eine Abgrenzung vom Rassismus mitunter relativ schwierig gestaltet. Im Wesentlichen kann man sagen, dass rechtspopulistische Parteien gemäßigter auftreten und im Vergleich zu den rechtsradikalen Parteien der Nachkriegszeit sowohl die Demokratie und die Menschenrechte als Pfeiler unserer Kultur akzeptieren und respektieren (Betz, 2002, S. 251), wobei hier Interpretationsspielräume eine wichtige Rolle spielen.

2.2.Ursachen für den Anstieg des Rechtspopulismus

Rechte Parteien erhielten international vermehrt Zuspruch und haben sich zunehmend in die demokratischen Systeme der westlichen Welt integriert. Während in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die meisten rechten Parteien noch ums Überleben kämpften sind sie mittlerweile ein fixer Bestandteil des politischen Schauplatzes (Betz, 2002, S. 257). Diese Entwicklung konnte auch in Österreich beobachtet werden, wo die ursprünglich schwach repräsentierte Partei FPÖ zunehmend an Stimmen gewonnen hat und sich auf politischer Ebene etablieren konnte (Statistik Austria, 2010 a, S. 489). Im folgenden Abschnitt der Arbeit wird anhand theoretischer Ansätze auf mögliche Ursachen für diesen politischen Wandel eingegangen wobei zwischen sozial-politischen und wirtschaftlichen Einflussfaktoren unterschieden wird, obwohl diese natürlich stark miteinander verknüpft sind.

2.2.1. Sozial-politische Einflussfaktoren

In der Literatur wurden mannigfache Theorien zum Thema Rechtspopulismus verfasst, wobei in diesem Abschnitt der Arbeit vordergründig sozial-politischen Aspekten eine tragende Rolle zugeschrieben wird.

Seymour Martin Lipset stellte bereits Ende der fünfziger Jahre seine These des „Working-Class Authoritarianism“ auf welche besagt, dass die Arbeiterklasse vor allem auf Grund von vier Eigenschaften dazu tendiert, unnachsichtig und intolerant zu sein und somit empfänglicher für den Radikalismus gewisser Parteien wird. Laut Lipset wirken sich eine geringere schulische Bildung, eine soziale Abkapselung der Arbeiter gegenüber der restlichen Gesellschaft, wirtschaftliche und soziale Unsicherheit sowie spezifische Sozialmuster auf die Bereitschaft autoritäres Verhalten zu akzeptieren oder zu fördern aus und begünstigen Parteien, welchen einen für jedermann verständlichen, simplen Diskurs führen (Lipset, 1954, S. 489 ff).

Daniel Scheuregger und Tim Spier kritisierten im Jahr 2007 die Erkenntnisse Lipsets insofern, als ihrer Meinung nach der „Working-Class Authoritarianism“ sowie die Arbeiterklassen nicht hinreichend definiert wurden und bemängelten das Ausbleiben eines empirischen Nachweises für die aufgestellte Theorie. Die Autoren überprüften im Zuge einer Studie auf Basis fünf europäischer Länder diese Muster und kamen wie Lipset zu dem Schluss, dass die Arbeiterklasse überproportional in der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien vertreten ist (Scheuregger & Spier, 2007, S. 62 ff).

Ein Forschungsbeitrag von Lubbers, Gijsbert und Scheepers beschäftigte sich mit den ökonomischen Faktoren der EU-Länder und Norwegens in Bezug auf die Unterstützung extrem rechter Parteien und kam zu dem Ergebnis, dass vor allem von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen dazu tendieren sie mit ihren Stimmen zu unterstützen. Dieser Effekt untermauert, dass vor allem sozial Schwache auf Grund ihrer Ängste, die von rechtspopulistischen Parteien gezielt provoziert und gefördert werden, weniger Toleranz als jene zeigen, die soziale Sicherheit genießen. Unter anderem werden auch ein geringer Bildungsgrad, Atheismus sowie die Jungwählerschaft als signifikante Charakteristika der zur Rechten tendierenden Wähler von den Autoren erwähnt, wobei Männer eher rechtspopulistischen Parteien ihre Stimme geben als Frauen. Die Unterschiede im länderübergreifenden Vergleich werden vor allem auf gesellschaftliche Kriterien wie die öffentliche Meinung in Bezug auf die Zuwanderung und die Demokratie, auf den Ausländeranteil sowie auf das individuelle Auftreten spezifisch nationaler Parteien zurückgeführt (Lubbers, Gijsbert, & Scheepers, 2002, S. 361 ff). Diese Erklärung zollt sozialen Aspekten besondere Aufmerksamkeit.

Ferner wird der Strukturwandel der europäischen Bevölkerung als Auslöser für eine zunehmende Radikalisierung gesehen. Anton Pelinka begründet dies wie folgt:

„Der europäische Rechtspopulismus ist zu einem wesentlichen Teil ein proletarisches Phänomen – es ist auch der Protest eines sich national verstehenden Sozialismus gegen die transnationalen Konsequenzen der Europäisierung und der Globalisierung.“ (Pelinka, 2002, S. 286)

Aus diesem Blickwinkel lässt sich vermuten, dass vermehrt soziale Ungerechtigkeit das Wählerverhalten beeinflusst und vor allem die potenzielle Wählerschaft, das angesprochene Proletariat, zunimmt. Aber wird nicht gerade der Sozialstaat von einer florierenden Wirtschaft getragen?

2.2.2. Wirtschaftspolitische Einflussfaktoren

Das Reward-Punishment-Modell erhärtet den Verdacht, dass wirtschaftliche Faktoren starken Einfluss auf die Unterstützung politischer Parteien durch die Wählerschaft haben. Die Theorie besagt, dass zufriedene Wähler eine regierende Partei weiterhin unterstützen während unzufriedene sich gegen diese auflehnen und dazu tendieren, verstärkt auf die

parlamentarische Opposition zu setzen, wobei dem Faktor Zufriedenheit deutlich weniger Ausdruck verliehen wird als der Unzufriedenheit (Anderson C. J., 2000, S. 153 ff). Politische Erfolge wie Wohlfahrt, Wirtschaftswachstum oder Beschäftigungszahlen sind stark in den wirtschaftlichen Entwicklungen eines Landes verankert, da vor allem eine starke Konjunktur den Sozialstaat bestärkt bzw. ermöglicht.

Neben dem sozialen und politischen Spektrum stellt sich deshalb nun die Frage, welche Auswirkungen konjunkturelle Entwicklungen auf den Anstieg des Rechtspopulismus haben. Eine Vielzahl an Autoren hat sich bisher mit dem Einfluss wirtschaftlicher Aspekte auf das Wahlverhalten auseinander gesetzt. Ein Zusammenhang ist zwar plausibel, jedoch konnten länderübergreifend wesentliche Unterschiede festgestellt werden.

Eine Analyse dieser Abhängigkeiten wurde unter anderem von Christoph J. Anderson für Dänemark und Norwegen durchgeführt, wobei hier die ökonomischen Faktoren Inflation und Arbeitslosigkeit als Maß für wirtschaftliche Trends herangezogen wurden. Im Zuge der empirischen Überprüfung kam Anderson zu dem Schluss, dass sich ein Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Zuwanderung in Dänemark signifikant auf das Wahlergebnis auswirkten, während die Inflationsrate keinen bzw. marginalen Einfluss ausübte. Im Kontrast dazu stehen die für Norwegen gewonnen Erkenntnisse, welche darauf schließen lassen, dass vorrangig die Anzahl der Einwanderer den populistischen Parteien förderlich ist, wobei gemäß Autor diese Bilanz vermutlich auf die tendenziell niedrige Arbeitslosenrate des Landes zurückzuführen ist (Anderson C. J., 1996, S. 502 ff).

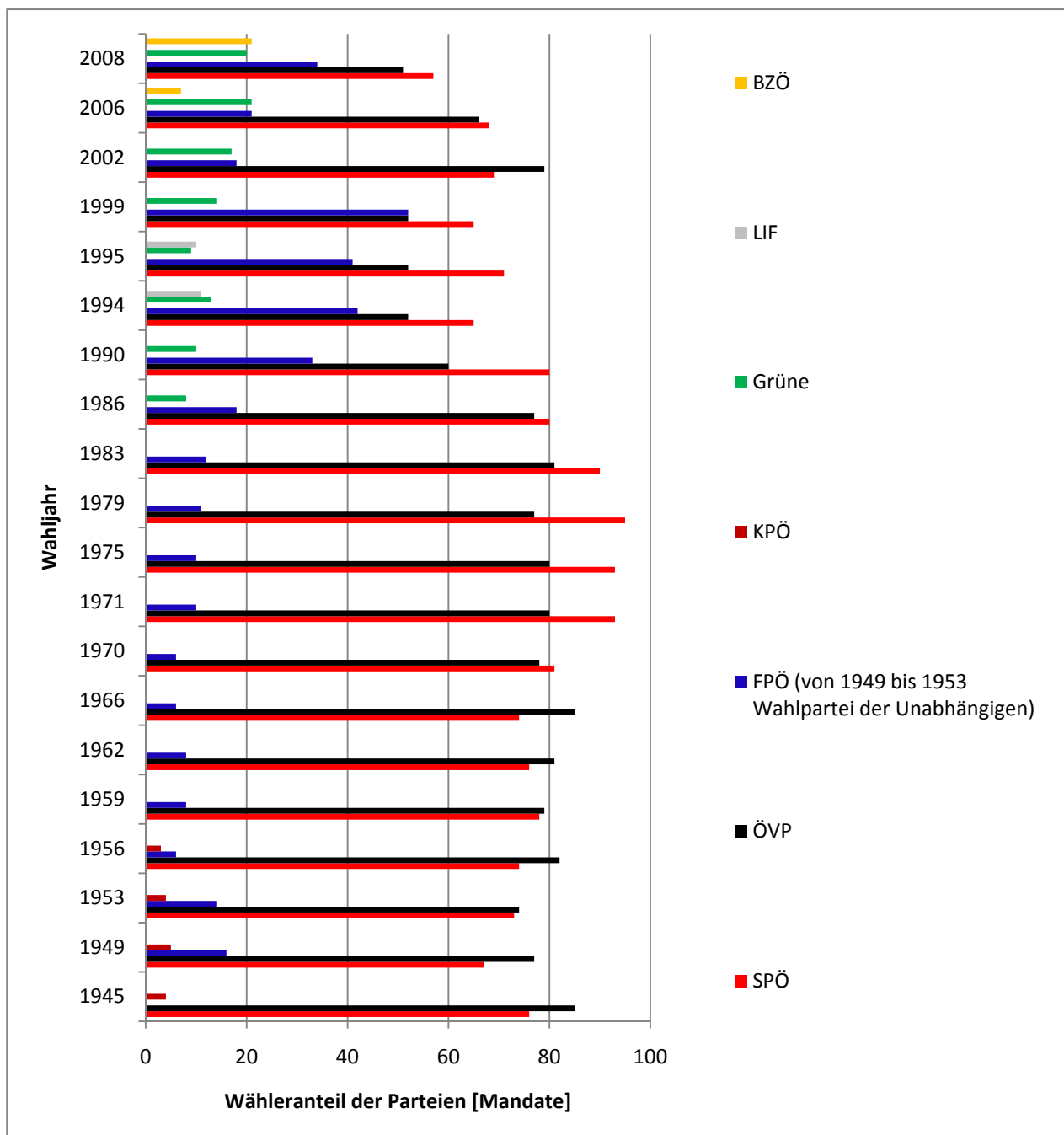
Auch Karen L. Remmer setzte sich mit dem Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten auseinander und konnte anhand einer Analyse von 21 Präsidentschaftswahlen in Lateinamerika schlussfolgern, dass sich eine Wirtschaftskrise, immer bei den darauffolgenden Wahlen mit Stimmverlusten für die regierende Partei auswirkte. Laut Remmers Analyse kommt es zwar zu Schwankungen im Wahlverhalten, diese förderten jedoch nicht per se den Radikalismus (Remmer, 1991, S. 777 ff).

2.3. Parteien in Österreich

Die politische Landschaft in Österreich ist im internationalen Vergleich, wenngleich sie mit Schreckensmeldungen über rechte Parteiabgeordnete immer wieder für Furore sorgt, aus politischer Sicht doch sehr kompakt und übersichtlich. Während manche Länder zig

konkurrierende, zersplitterte Parteien zählen, weist Österreich mit der Sozialdemokratischen Partei Österreich (SPÖ), der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), den Grünen, der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), dem Liberalen Forum (LIF), der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ) und dem relativ jungen Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) mit 7 Parteien nur eine geringe Anzahl von Parteien auf, die im österreichischen Parlament jemals vertreten waren.

Abbildung 1: Mandatsverteilung im Nationalrat von 1945-2008 (Statistik Austria, 2010 a, S. 485)



bereits 1949 gelegt, als frühere NSDAP Mitglieder erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder die Möglichkeit gegeben wurde, am politischen Geschehen teilzunehmen und der Verband der Unabhängigen (VdU) oder auch die Wahlpartei der Unabhängigen ins Leben gerufen wurde. Im Jahr 1956 entstand aus dem besonders radikalen VdU, einer Partei deren Anhänger und Funktionäre meist Nationalisten, Rechtsradikale und ehemalige Nazis waren (Kornberger, 1998, S. 7), die FPÖ (Pelinka, 2002, S. 283 ff).

Bei der Nationalratswahl 1949 lag der Stimmenanteil der Wahlpartei der Unabhängigen bei 11 Prozent (Statistik Austria, 2010 a, S. 484), in den Folgejahren nahm der Einfluss des rechten Lagers jedoch ab. Auch die Gründung der FPÖ konnte dem Stimmenverlust nicht entgegenwirken. Die ersten zehn Jahre ihres Bestehens stand die Freiheitliche Partei im politischen Abseits, was mitunter auch auf das unausgereifte Parteiprogramm, dessen Inhalte sich vor allem auf die ablehnende Haltung gegenüber dem Kommunismus, den Nationalismus und dem Proporz konzentrierten, zurückzuführen (Luther, 2006, S. 364 ff).

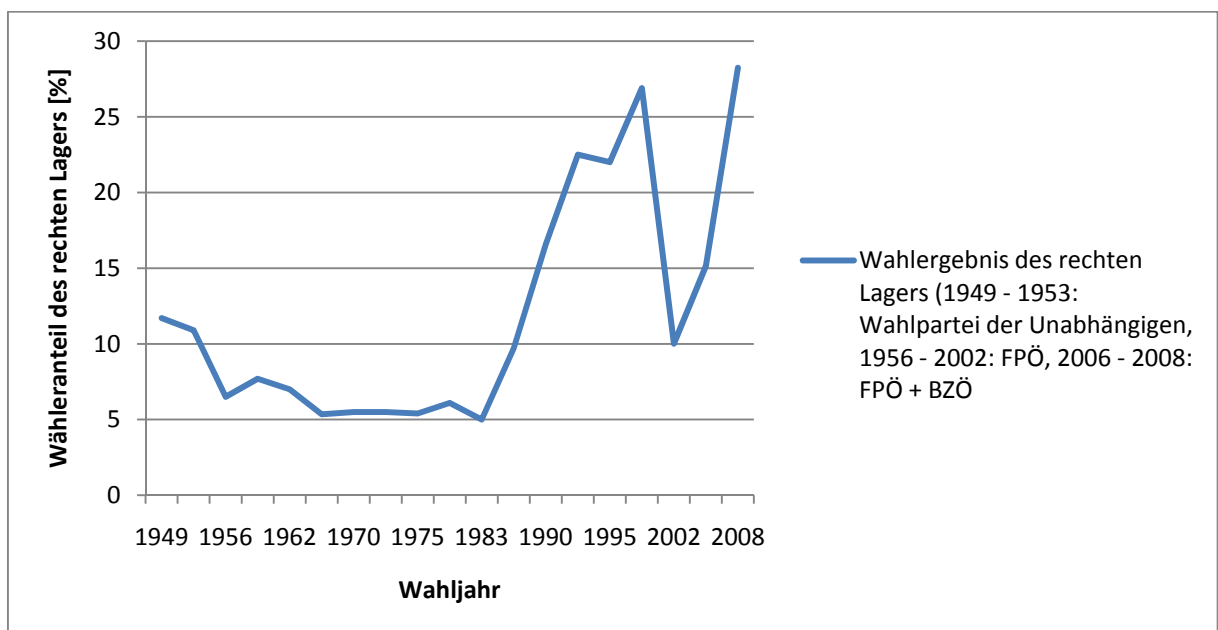
Mitte der sechziger Jahre versuchte die Partei auf dem politischen Bankett Fuß zu fassen und arbeitete an einer neuen Programmatik. So bekannte man sich zwar zur Demokratie Österreich und zum Rechtsstaat, doch der Vorwurf des Rechtsextremismus blieb aufrecht (Luther, 2006, S. 377 ff).

Im Zuge der vermeintlichen Liberalisierung der FPÖ spaltete sich ein Teil der Abgeordneten ab und gründete die Nationaldemokratische Partei, welche wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung im Jahr 1988 vom Verfassungsgerichtshof verboten wurde. Die FPÖ hatte in dieser Zeit mit innerparteilichen Problemen zu kämpfen, gewann jedoch sukzessive an politischer Akzeptanz. Diese „neue“ Liberalität gipfelte in einer Koalition von SPÖ und FPÖ im Jahr 1983 (Klein & Arzheimer, S. 7 ff).

Eine Wende scheint die 1986 stattgefundene Wahl Jörg Haiders zum Parteiobmann darzustellen. Der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) löste die Koalition mit der FPÖ, erzwang Neuwahlen und die Freiheitliche Partei kehrte in die Rolle der Opposition zurück. Mit Haider an der Spitze, gewann die Partei zwar zunehmend an Bedeutung doch der liberale Einfluss schien zu schwinden und mit ihm so mancher Abgeordneter. Auffällig ist, dass mit der zunehmenden Radikalisierung die Wahlerfolge der FPÖ zunahmen, die Akzeptanz bei anderen Parteien jedoch auf Grund inadäquater Äußerungen in

Zusammenhang mit der Ausländerfrage sowie wegen antisemitischer Stellungnahmen verloren ging (Luther, 2006, S. 365) (News, 2002). Während 1983 nur 5 Prozent der WählerInnenstimmen auf die FPÖ entfielen, konnte sie 1986 einen Anstieg auf 9,7 Prozent verbuchen (Statistik Austria, 2010 a, S. 484). Die nach Bruno Kreiskys „deficit spending“ angewachsene Staatsverschuldung und die daher notwendige Steuererhöhung scheinen für die Freiheitliche Partei der Wind in den Segeln gewesen zu sein (Der Spiegel, 1983). Während die Wählerschaft der FPÖ früher vor allem im rechtsorientierten Bürgertum zu finden war, erreicht Jörg Haider mit seinem Diskurs nun auch die traditionell rot wählenden Arbeiter (Weissensteiner).

Abbildung 2: Entwicklung des Wähleranteils des rechten Lagers von 1949-2008 (Statistik Austria, 2010 a, S. 484)



Dies spricht für einen starken Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten. Betrachtet man die Entwicklung der Wahlergebnisse des rechten Lagers bei den Nationalratswahlen in Abbildung 2 beginnend mit dem Jahr 1956 als die FPÖ mit 6,5 Prozent der Wählerstimmen eher ein Außenseiter auf dem politischen Bankett war, bis zum Jahr 1999 als die FPÖ mit 26,5 Prozent zweitstärkste Partei wurde, so stellt sich erneut die Frage wie es dazu kommen konnte, dass sich derart viele Österreicher entschieden haben ihre Stimme einer rechtspopulistischen Partei zu geben. Bereits nach der ersten Legislaturperiode der Regierung Schüssel, der die FPÖ als Koalitionspartner angehörte verlor die FPÖ erstmals wieder erheblich an Stimmen und fiel auf 10,01 Prozent zurück (Statistik

Austria, 2010 a, S. 484). Offensichtlich hatte sich diese politische Konstellation in den Augen der Bevölkerung doch nicht bewährt.

Im Jahr 2005 spaltete sich ein Teil der Parteifunktionäre mit Jörg Haider von der FPÖ ab und gründete das „Bündnis Zukunft Österreich“ (kurz BZÖ) (Luther, 2006, S. 382). Um eine klare Aussage über den Anteil der rechtspopulistischen Wählerstimmen zu erhalten und die Ergebnisse nicht zu verzerren, ist es deshalb notwendig, die Wähleranteile beider Parteien im Zuge der empirischen Studie ab dem Zeitpunkt der Spaltung zu addieren. Diese angenommene Einigkeit wurde in den letzten Monaten im Zuge der Vereinigung des BZÖ Kärnten mit der Bundes-FPÖ wieder teilweise Realität (Pink & Dannhauser, 2009). Gemeinsam haben BZÖ und FPÖ bei den letzten Nationalratswahlen im Jahr 2008 28,2 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Das rechte Lager erreichte somit das stärkste Ergebnis in der Zweiten Republik.

3. Historische Entwicklungen

In diesem Abschnitt der Arbeit wird die Entwicklung der in Kapitel 5 analysierten Variablen in groben Zügen dargestellt, um einen ganzheitlichen Überblick zu erhalten und nicht nur an statistischen Verfahren festzuhalten.

3.1.Arbeitslosigkeit

Mit Ende des zweiten Weltkrieges 1945 stand Österreich vor den Trümmern einer Nation. Menschen waren heimatlos, hatten Angehörige verloren, kehrten aus dem Krieg zurück. Einige unter ihnen hatten alles verloren, viele mussten Hunger leiden, ein Teil der Bevölkerung war dankbar, dass Österreich von Hitlers Schergen befreit wurde, andere wussten nicht wie es weitergehen sollte. Österreich befand sich in einer Depression. Um jedoch das Land wieder aufzubauen und Selbständigkeit zu gewinnen galt es nun so schnell wie möglich zu demonstrieren, dass Österreich einen demokratischen Wandel vollziehen kann. Die provisorisch in Leben gerufene Regierung von ÖVP, SPÖ und KPÖ unter Dr. Karl Renner, an welcher diese drei Parteien gleichstark beteiligt waren, war ein erster Schritt in Richtung Unabhängigkeit des von den Alliierten besetzten Landes, wenngleich diese von letzteren noch nicht anerkannt wurde (Pollak, S. 435).

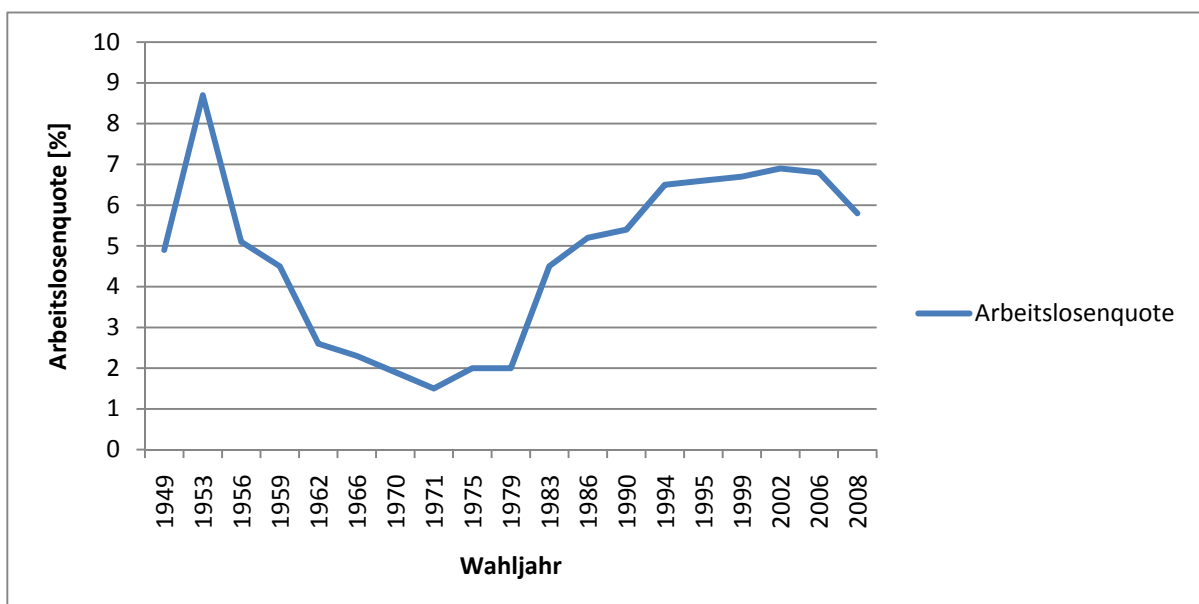
Die ersten offiziellen Nationalratswahlen der Nachkriegszeit brachten eine Regierung unter Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) hervor, die sich im besetzten Österreich vor allem dem Wiederaufbau und der Entnazifizierung widmete.

Die Nachkriegszeit war vor allem von der Trümmerwirtschaft geprägt, dies bedeutet es wurden in erster Linie Schäden so gut es ging behoben. Zerstörte Bahnhöfe, Wohnhäuser, Brücken und Industrien prägten das Land. Die Bevölkerung litt unter Armut und Hunger (Sandgruber, 1995, S. 447). So äußerte sich der erste Bundeskanzler der Zweiten Republik Leopold Figl in seiner Weihnachtsansprache 1945 wie folgt:

„Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann Euch für den Christbaum, wenn Ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle, kein Glas zum Einschneiden. Ich kann Euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich!“ (Bundeskanzleramt, 2005, S. 5)

Wenngleich grobe Schäden behoben wurden, blieben Großinvestitionen, die sichere Arbeitsplätze geschaffen hätten, aus. Die damalige Situation erklärt, warum die im internationalen Vergleich in Österreich tendenziell niedrige Arbeitslosenquote in den Nachkriegsjahren vergleichsweise hoch war und ihren Höhepunkt in 1953 mit 8,7 Prozent erreichte (Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich und WIFO, 2009), wie in Abbildung 3 ersichtlich.

Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote von 1949-2008 (Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich und WIFO, 2009)



Erste Verbesserungen der Arbeitsmarktsituation traten vor allem auf Grund diverser Hilfsleistungen ein. Der Marshallplan sicherte dem westlich orientierten Österreich (Seidel, 2005, S. 60) in den Jahren 1948 bis 1955 rund 1 Milliarde Dollar an Unterstützungen um die Wirtschaft wieder aufzubauen (Sandgruber, 1995, S. 452), wovon natürlich auch die Beschäftigungssituation profitierte. Ab 1953 sank die Arbeitslosigkeit beinahe kontinuierlich bis in die siebziger Jahre.

Der Wandel von einer passiven Beschäftigungspolitik der Nachkriegsjahre hin zu einer aktiven, führte dazu, dass man bereits Ende der sechziger Jahre von einer Quasi-Vollbeschäftigung sprach. Einige nennenswerte Maßnahmen der damaligen Regierungen waren die Einführung der Berufsberatung im Sinne einer verstärkten Beratung durch die Arbeitsämter als auch Übersiedlungs- und Umschulungsbeihilfen zum Kampf gegen die saisonale Arbeitslosigkeit (Tálos, 1981, S. 339).

Auch die Arbeitskräfteknappheit Anfang der fünfziger Jahre kam den positiven Entwicklungen aus Sicht der Beschäftigung durchaus entgegen.

Die siebziger Jahre galten als eine Phase der Krise geprägt durch den ersten und zweiten Ölschock, in den Jahren 1973 und 1979 (Petrich-Hornetz, 2006). Der damalige Bundeskanzler Bruno Kreiskys sicherte durch sein „deficit spending“ viele Arbeitsplätze, wenngleich dies zur Folge hatte, dass die Staatsschulden dieser Tage stark zunahmen (Guger, 1998). In diesem Sinne äußerte sich Kreisky am 18. März 1983 wie folgt:

„Ein paar Milliarden Schulden mehr bereiten mir weniger schlaflose Nächte als ein paar hunderttausend Arbeitslose.“ (Kreisky Archiv)

Der Anfang der achtziger Jahre begonnene Anstieg der Arbeitslosigkeit setzte sich in den Neunzigern fort und beruht vor allem auf einem Strukturwandel. Etablierte gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie Familien- und Arbeitsstrukturen änderten sich und forderten dem Arbeitsmarkt einiges ab. Die zunehmende Liberalisierung des Welthandels, das Wachstum des Dienstleistungssektors, oder auch der vermehrte Einsatz neuer Technologien führten vor allem im sekundären Sektor zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einer Zunahme der Teilzeitarbeit sowie befristeter Dienstverhältnisse. Wobei die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungsmuster zwar aus ökonomischen Sicht den

Wettbewerb stützen, jedoch mitunter die soziale Sicherheit reduzieren bzw. einem sozialen Ungleichgewicht förderlich sind (Bock-Schappelwein, 2005, S. 499 ff).

3.2. Wirtschaftswachstum und Steuerpolitik

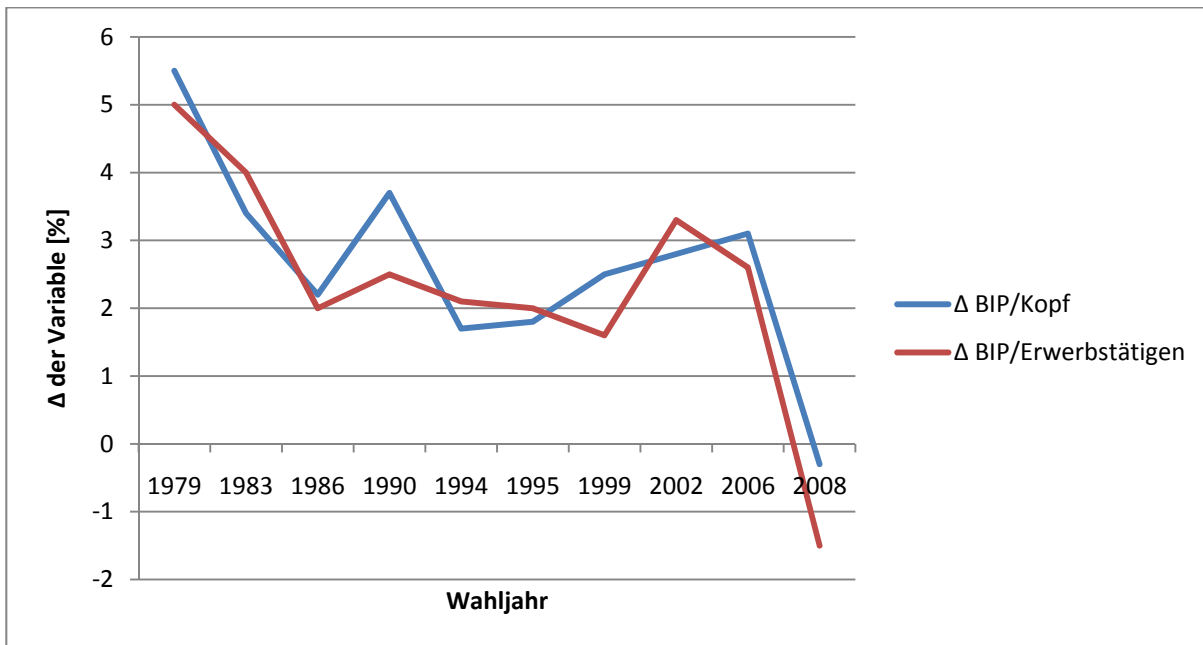
Wie bereits in Kapitel 4.1. erwähnt befand sich Österreich Ende des Zweiten Weltkrieges in einer tiefen Depression. Die Besatzung der Alliierten von 1945-1955 (Scheuch, 1994, S. 192 ff) stütze zwar einerseits den Aufbau des Landes und die Versorgung der Bevölkerung, wirkte sich andererseits aber hemmend auf die österreichische Wirtschaft aus. Während im Westen Österreichs bereits durch die Kriegsführung die Industrie von Schäden weitestgehend verschont blieb, entfielen alleine auf Niederösterreich 71 Prozent der zerstörten Betriebe. Dazu kam die Beschlagnahmung industrieller Betriebe durch die russischen Besatzer. Die finanziellen Einbußen betragen allein im Jahr 1945 geschätzte 650 Millionen Schilling (Sandgruber, 1995, S. 455). Um die Wirtschaft zu stärken und vor allem zu erhalten planten sowohl die provisorische Regierung unter Renner als auch die Regierung Figl einstige „deutsche Betriebe“ zu verstaatlichen um sie in österreichischen Besitz zu bringen um bevorstehenden Enteignungen entgegen zu wirken. So kam es zu zwei Verstaatlichungswellen, die in Absprache mit den Alliierten und der Regierung stattfanden. Erst gingen die Großindustrie sowie Banken an die Republik Österreich und danach die Elektrizitätswirtschaft. Auch die Sozialpartnerschaft hat vieles zum Wiederaufbau beigetragen. Die Zusammenarbeit der Interessensvertretungen der Arbeitnehmer und der Unternehmer ermöglichte die Wirtschaft Österreichs anzukurbeln, die Löhne im Zaum zu halten und die Preise einiger wichtiger Produkte zu stabilisieren (Seidel, 2005, S. 101 ff).

Der Phase des Wiederaufbaus folgten ab 1952 jene der Festigung des Standorts Österreich und eine Liberalisierung des Handels. Die damalige Hartwährungs- und Budgetpolitik führten zwar zunächst noch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, doch die Nachkriegsinflation konnte eingedämmt werden und Österreich konnte sich im internationalen Wettbewerb, unter anderem durch gezielte Förderungen für Unternehmer auf Steuerebene, langsam etablieren.

Der Austro-Keynesianismus wurde in den Jahren 1957/58 als Folge auf den weltweiten Konjunkturrückgang eingeläutet. Das sogenannte „deficit spending“ sollte die Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze sichern. Diese Maßnahmen halfen den Abschwung

abzuschwächen, wurden jedoch im Zuge des Verschuldungskeynesianismus unter Kreisky ab dem Jahr 1974 fortgesetzt, um Massenkündigungen zu verhindern.

Abbildung 4: Veränderung des BIP pro Kopf und des BIP je Erwerbstätigen von 1979-2008 (Statistik Austria, 2010 c)¹



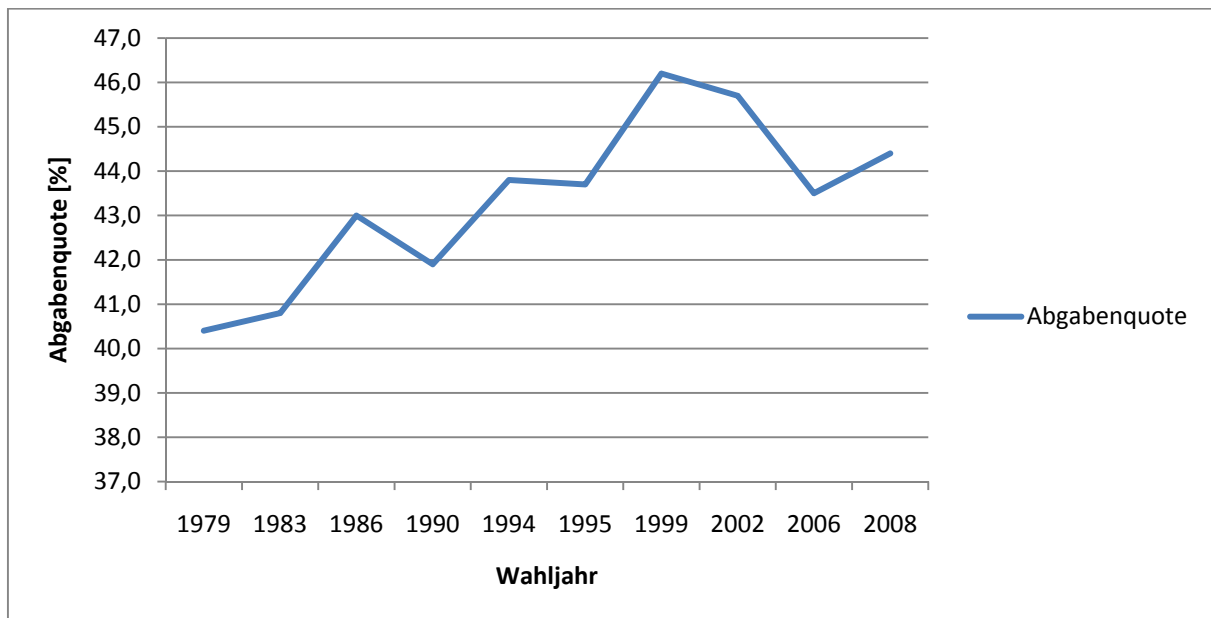
Ab Mitte der achtziger Jahre, unter Bundeskanzler Vranitzky, wurde der Kurs der SPÖ korrigiert und die Budgetkonsolidierung eingeläutet. Privatisierungen, Ausgabenkürzungen und Steuerreform sollten die Staatsfinanzen verbessern und die Wirtschaft ankurbeln. Wie Abbildung 4 zeigt, stiegen das reale BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen ab Mitte der Achtziger wieder stärker an. Doch die weltweite Rezession Beginn der neunziger Jahre erhöhte die Staatsschulden erneut, weshalb 1994 ein weiteres Sparpaket geschnürt wurde, bei dem sich die Regierung über die Sozialpartner hinwegsetzte und durch die darauf folgenden Streiks die geplanten Einsparungen nur bedingt erreicht werden konnten, weshalb eine Erhöhung der Steuern beschlossen wurde.

Die geplante Steuerreform von 1995, welche diesmal in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen sollte scheiterte an der Bereitschaft der ÖVP weitere Steuererhöhungen hinzunehmen und führte zu vorgezogenen Neuwahlen im Winter 1995, die erneut zu einer großen Koalition führten. Rot-Schwarz beschloss nun ein weiteres Sparpaket, dass das Rating Österreichs auf dem

¹ Die Datenreihen stellen die Veränderung des BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen dar. Rückgänge deuten deshalb auf ein schwächeres Wirtschaftswachstum als im Vorjahr hin und nicht auf eine Rezession.

weltweiten Finanzmarkt sichern und gewährleisten sollte, sodass Österreich die Kriterien von Maastricht erfüllt. Die Staatsausgaben wurden drastisch gekürzt, Steuerbegünstigungen gestrichen und eine Energiesteuer eingeführt.

Abbildung 5: Entwicklung der Abgabenquote von 1979-2008 (Statistik Austria, 2008)



In Abbildung 5 wird die anwachsende Steuerlast von 1995 mit über 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes visualisiert. 1995 ist auch das Jahr des Beitritts zur EU, welcher nicht nur die Grenzöffnung, die den Handel bestärken sollte, sondern auch eine Liberalisierung bzw. Deregulierung der Wirtschaft nach sich zog und Österreichs Wettbewerbsfähigkeit garantieren sollte.

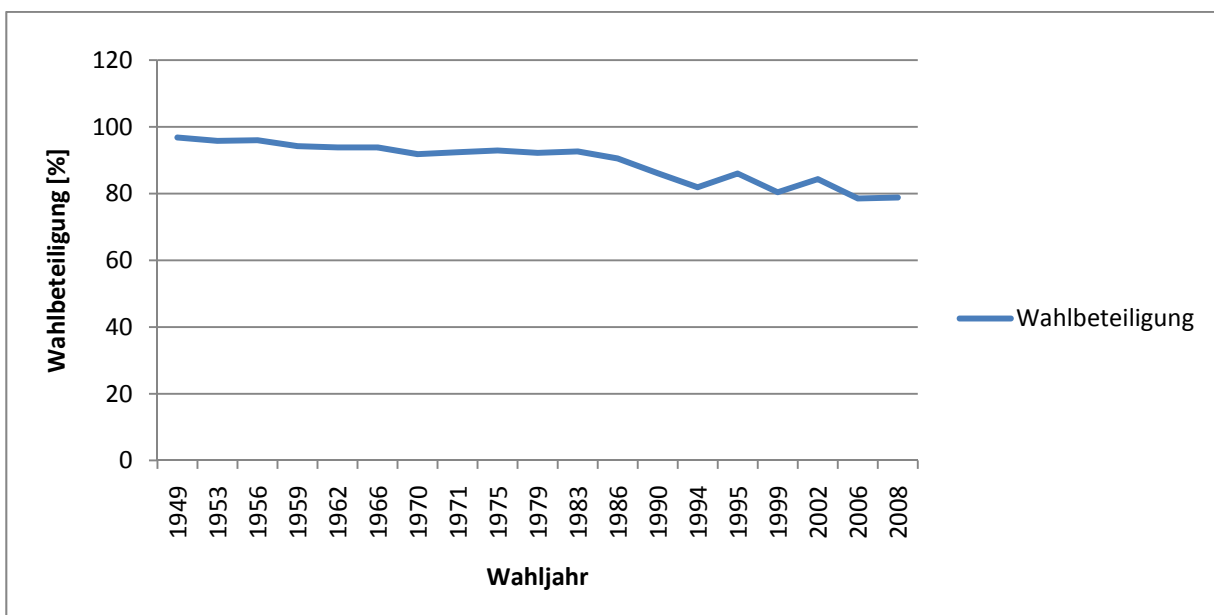
Das Jahr 1999 stellte einen Wendepunkt in Österreich dar. Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP scheiterten und eine schwarz-blaue Regierung, welche auf internationaler Ebene auf Grund der rechten Ansichten nur ungern gesehen wurde, angelobt. Dieser Zeitabschnitt war von zunehmender neoliberaler Politik gekennzeichnet. Das erklärte Ziel dieser Regierung war ein Nulldefizit zu erreichen, um in Folge dessen bis zum Jahr 2010 die Abgabenquote auf 40 Prozent des BIP senken zu können. Die Konsequenzen dieser Art von Politik in konjunkturell schwierigen Zeiten waren eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, der Abbau von Sozialleistung und harsche Kritik seitens der Opposition und der Gewerkschaften (Lauber & Pesendorfer, 2006, S. 611 ff). Trotzdem oder gerade deshalb hat sich Österreich in der zweiten Republik von einem der ärmsten zu einem der reichsten Länder der Welt entwickelt.

3.3. Wahlbeteiligung

Gemäß Art. 1 des Bundesverfassungsgesetzes ist Österreich eine demokratische Republik, deren Recht vom Volk ausgeht (Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, a). Nach Art. 26 Abs. 1 B-VG wird der Nationalrat „vom Bundesvolk auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechtes von Männern und Frauen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt“ (Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, b). Das aktive Wahlrecht war jedoch nicht stets an das 16. Lebensjahr gekoppelt. Im Jahr 1945 durfte man erst ab dem vollendeten 21 Lebensjahr wählen. Bereits 1949 wurde das Wahlalter auf 20, 1979 auf 19 und 1992 auf 18 Jahre herabgesetzt (Österreichisches Statistisches Zentralamt, 1995, S. 284).

Ein weiteres interessantes Merkmal, dass die Wahlbeteiligung stark beeinflusst hat ist die Einführung einer Wahlpflicht. Ab 1949 galt für die Bundesländer Steiermark, Tirol und Vorarlberg und ab 1986 für Kärnten die Wahlpflicht bei Nationalratswahlen, welche von den Landesgesetzgebern verordnet werden konnte. Erst die Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle BGBl. Nr. 470/1992 vom 30 April 1992 hob die Wahlpflicht auf. Die Nationalratswahlen im Jahr 1994 waren somit die ersten freien Wahlen des Beobachtungszeitraums von 1949 bis 2008 (Bundesministerium für Inneres, a).

Abbildung 6: Entwicklung der Wahlbeteiligung von 1949-2008 (Statistik Austria, 2010 a, S. 483)



Die Änderung der Gesetzgebung erklärt vermutlich die unverhältnismäßige Abnahme der Wahlbeteiligung im Jahr 1994 und in den Folgejahren wie in Abbildung 6 ersichtlich ist.

3.4.Ausländeranteil

Österreich blickt auf eine lange Geschichte zurück, die durch ein Miteinander verschiedener Völker, Religionen und Sprachen geprägt ist. Bereits in der Habsburgermonarchie galt Österreich als „melting pot“ der Nationen. (Rosenberger, 2010, S. 11)

Nach dem zweiten Weltkrieg galten nur jene als österreichische Staatsbürger die bereits vor 1938 die Staatsbürgerschaft besaßen und nicht jene, die sich in Österreich niederlassen wollten. In den ersten Jahre der Nachkriegszeit nahm die Ausländerzahl in Österreich stetig zu, da sich viele Heimatlose, Vertriebene und Flüchtlinge sowie vertriebene Deutsche in Österreich einfanden, wobei die meisten von ihnen kurzfristig verweilten und Österreich vor allem eine Rolle als Transitland spielte. Diese Rolle als Vermittler nahm Österreich ganz bewusst ein, da eine Einbürgerung vor allem jüdischer Flüchtlinge in den Augen der damaligen Politiker einem Schuldbekenntnis gleichgekommen wäre. Die Einbürgerung der vertriebenen Deutschen stellte damals ein geringeres Problem dar, da diese weitestgehend auf Grund der gemeinsamen Sprache als integrierbar galten.

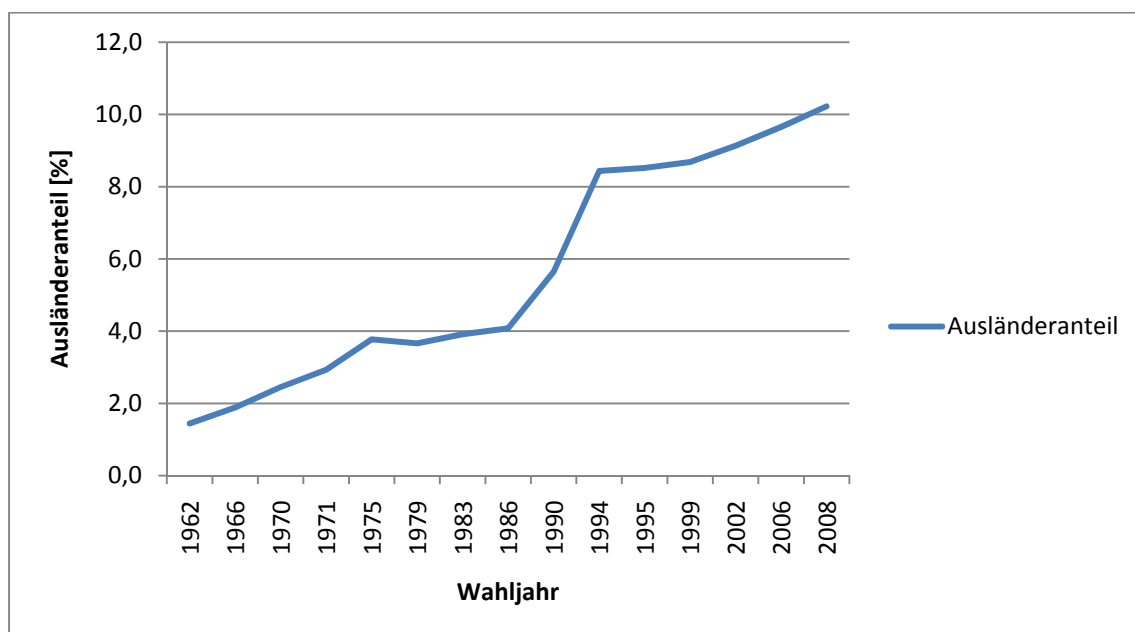
Eine weitere Einwanderungswelle wurde durch den Kalten Krieg ausgelöst. Anfang der fünfziger Jahre positionierte sich Österreich als westliches Land, das all jene, die vor der kommunistischen Herrschaft flohen, zumindest kurzfristig willkommen hieß, wobei Österreich erneut eine wesentliche Rolle als Transitland spielte. Beispielhaft war unter anderem die Ungarnkrise, während welcher Österreich ein Retter in der Not für viele Flüchtlinge wurde. Diese Bild des „mildtätigen Österreichers“ der den Kampf gegen den Kommunismus unterstützt wurde damals geradezu gefördert.

Als in einer der letzten Flüchtlingswellen Ende der neunziger Jahre Rumänen, als letzte Ost-Flüchtlinge im Land ankamen, wurden diese nur mehr ungerne aufgenommen. Auch konjunkturelle Entwicklungen beeinflussten wie willkommen Ausländer in Österreich waren. Während die Ungarn zu Beginn der Fünfziger noch sofort einen Asylstatus zugesprochen bekamen, mussten die Tschechen bereits Einzelanträge stellen, welche jedoch im Allgemeinen auf Grund des damaligen Arbeitskräftemangels positiv behandelt wurden. Die

Einwanderer aus Polen hatten es in wirtschaftlich schwereren Zeiten nicht mehr so leicht, in Österreich Asyl zu bekommen.

Ab 1961 nahm der Ausländeranteil stetig zu. In 1950 machte sich zum ersten Mal ein Arbeitskräftemangel bemerkbar, welcher durch die Arbeitsmigration vieler Österreicher nach Deutschland und die Schweiz noch verschärft wurde. Im Jahr 1961 reagierte die Regierung darauf und schloss Verträge mit Italien ab, welche es ermöglichen sollten italienische Gastarbeiter für die Baubranche anzustellen. In weiterer Folge wurde ein Anwerbeabkommen mit Spanien, das erfolglos war, der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien abgeschlossen. Ziel dieser politischen Maßnahme war es, bei Bedarf vor allem arbeitswillige Männer in den Dienst der österreichischen Wirtschaft zu stellen und diese in regelmäßigen Abständen durch neue Arbeitskräfte zu ersetzen. Wenn in diesem Abschnitt der Eindruck entsteht, dass bei diesem Vorhaben menschliche Aspekte vernachlässigt wurden, so zeigen dies vor allem die hausgemachten Probleme die folgten. Frühere Regierungen verabsäumten sich mit der Integration dieser Menschen auseinanderzusetzen, denn die ersten „Gastarbeiter“ ließen sich bereits zu Beginn der siebziger Jahre in Österreich nieder (Bauböck & Perchinig, 2006, S. 726 ff).

Abbildung 7: Entwicklung des Ausländeranteils an der österreichischen Gesamtbevölkerung (Statistik Austria, 2010 d, S. 1)



Dieser Prozess der Einbürgerung wird in Abbildung 7 durch eine Zunahme des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung veranschaulicht. Bis Mitte der achtziger Jahre

lag der Ausländeranteil bei relativ konstanten 4 Prozent der Gesamtbevölkerung (Statistik Austria, 2010 d, S. 1). Ab dem Fall des Eisernen Vorhanges nahm er wieder verstärkt zu. Die Ostöffnung und der Balkankrieg werden mit dieser Entwicklung in Verbindung gebracht. Österreichs Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995 stellt einen weiteren Wendepunkt in der Ausländerpolitik des Landes dar, da mit ihr der freie Personenverkehr eingeführt wurde (Europa - Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung, 2009).

4. Empirische Analyse

Wie die oben angeführten Erkenntnisse verdeutlichen, ist das Wählerverhalten in den vergleichenden Studien der betrachteten Länder, trotz ähnlicher Rahmenbedingungen individuell verschieden. Obwohl Österreich in länderübergreifenden Studien behandelt und Österreich als Land immer wieder als Prototyp für den rechtspopulistischen Wahlerfolg dargestellt wurde, sind die ökonomischen Einflüsse auf das Wahlverhalten bisher nicht eigens analysiert.

4.1.Forschungsfrage

Ziel der folgenden empirischen Erläuterungen ist es, den Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf den Rechtspopulismus zu verstehen und so den drastischen Entwicklungen in Richtung rechter Parteien, welche nicht nur in Österreich zu beobachten sind, Einhalt zu gebieten.

4.2.Methodik

Im Zuge der Datenanalyse werden die Daten und die Ergebnisse in einem wirtschaftlichen und politischen Kontext interpretiert. Ziel ist die Entwicklung der politischen Rechten besser zu verstehen und zu erkennen ob anhand der hier untersuchten unabhängigen Variablen, dass Gespenst des Populismus zurückgedrängt werden kann.

Bei der Vorbereitung auf die statistische Auseinandersetzung mit der Thematik wurden die einzelnen Variablen mittels Kolmogorov-Smirnov-Anpassungstest zuerst auf Normalverteilung geprüft, wobei jeder einzelne Parameter über der Signifikanzgrenze von 0,05 liegt, weshalb alle Variablen als normalverteilt angenommen werden können (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Überprüfung der Messdaten mittels Kolmogorov-Smirnov-Anpassungstest auf Normalverteilung

Kolmogorov-Smirnov Test (Test auf Normalverteilung)							
	Wähler- anteil des rechten Lagers	Arbeits- losen- quote	Δ BIP/ Kopf	Δ BIP/ Erwerbs- tätigen	Abgaben- quote	Wahlbe- teiligung	Ausländer- anteil
Kolmogorov-Smirnov Z	0,868	0,689	0,528	0,723	0,422	1,011	0,865
Asymp. Sig. (2-seitig)	0,439	0,729	0,943	0,672	0,994	0,258	0,443

Die Daten werden mit deskriptiven und explorativen Methoden untersucht und die Zusammenhangshypothesen der einzelnen Variablen mit der Prüfvariable „Wähleranteil des rechten Lagers“ werden mittels Korrelations- (nach Pearson) und linearer Regressionsanalyse geprüft, wobei $\alpha=0,05$ als Signifikanzniveau herangezogen wurde. Weiters wurde eine Time-lag-Analyse durchgeführt um etwaige zeitversetzte Zusammenhänge zu analysieren und potenzielle Kausalitäten anzunehmen. Die Auswertung wurde mittels IBM SPSS Statistics 19 und die graphische Aufbereitung mittels Microsoft Office Excel 2007 und R 2.12.0 erstellt.

4.3.Datenbasis (Stichprobe)

Eine Wirtschaftskrise als solches ist kaum eine messbare Variable, die für eine empirische Studie herangezogen werden kann. Um konjunkturelle Entwicklungen zu messen, ist es deshalb notwendig auf makroökonomische Variablen zurückzugreifen und sich mit deren Verlauf auseinander zu setzen. Anhand einer Zeitreihenanalyse werden deshalb die Arbeitslosenquote, das Bruttoinlandprodukt (BIP), sowie die Abgabenquote als Variablen in der folgenden Studie betrachtet und versucht deren Auswirkung auf den Wahlerfolg des rechten Lagers zu messen. Um einer Verzerrung der Ergebnisse entgegenzuwirken wird die Zuwanderung im Sinne der Bewegungen der in Österreich offiziell registrierten Ausländer mit einbezogen. Auch die Wahlbeteiligung wird als Parameter für das politische Interesse bzw. die Politikverdrossenheit herangezogen, da eine Verteilung der Wählerstimmen zu Gunsten des rechten Lagers mitunter auch wegen Wahlenthaltung fehlender Stimmen anderer, liberaler Parteien begründet werden könnte.

4.3.1. Rechtes Lager

Als Datenbasis werden die Ergebnisse rechter Parteien bei den Nationalratswahlen von 1949 bis 2008 herangezogen. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die Zu- und Abnahmen der Wählerstimmen des VdU für die Wahljahre 1949 und 1953, der FPÖ ab 1956 sowie der Summe der Stimmen von FPÖ und BZÖ ab dem Jahr 2005 und wird mit den Variablen Arbeitslosenquote, Veränderung des realen BIP pro Kopf und je Erwerbstätigen, Abgabenquote, Wahlbeteiligung und Ausländeranteil, verglichen. Die Prozentsätze der Wählerstimmen von FPÖ und BZÖ wurde für die Wahljahre 2006 und 2008 addiert, um dem Ergebnis mehr Aussagekraft zu verleihen, da das BZÖ einerseits aus der FPÖ hervorging und andererseits sowohl inhaltlich als auch ideologisch ebenso wie die FPÖ dem Rechtspopulismus zugeordnet werden kann. Die herangezogenen Daten wurden von der Statistik Austria (Statistik Austria, 2010 a, S. 484) bezogen, vom Bundesministerium für Inneres (Bundesministerium für Inneres, b) veröffentlicht und auf Grund ihrer Aussagekraft und ihrer Reichweite gewählt.

Es stehen 19 Beobachtungen zur Verfügung. Die Zustimmung reicht von 5 Prozent in 1983 bis 28,24 Prozent im Jahr 2008. Im Durchschnitt wählten 9,7% rechtspopulistische Parteien. Die Werte von Kurtosis und Schiefe deuten auf eine linksschiefe Verteilung hin und verdeutlichen, dass die Tendenz zur Zustimmung in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat.

Tabelle 3: Deskriptivstatistik für den Wähleranteil des rechten Lagers

	Wähleranteil des rechten Lagers [%]
Anzahl	19
Mittelwert	11,99
Median	9,70
Getrimmter Mittelwert	11,44
Standardabweichung	7,70
Minimum	5,00
Maximum	28,24
Wertebereich	23,24
Schiefe	0,90
Kurtosis	-0,68
Standardfehler	1,77

4.3.2. Arbeitslosenquote

Die Daten zur Arbeitslosenquote wurden vom AMS bezogen, basieren per definitionem „auf den beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen und den beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbstständig Beschäftigten“ und sind von den Jahren 1949 bis 2008 jährlich vorhanden (Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich und WIFO, 2009). Da die Legislaturperiode bis zur letzten Wahlrechtsreform 4 Jahre betrug, es sei denn es fanden vorzeitige Wahlen statt, wurden für die empirische Analyse die Arbeitslosenquoten jener Jahre herangezogen in denen Nationalratswahlen stattgefunden haben. Dies entspricht 19 Beobachtungen. Die Arbeitslosenquote soll hier vor allem einen möglichen Maßstab für Wohlstands- oder Krisenzeiten darstellen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Daten zwar einen Richtwert darstellen, jedoch durch Maßnahmen wie Schulungen von Arbeitslosen verzerrt werden.

Die geringste Arbeitslosenrate wurde im Jahr 1971 mit 1,5 die höchste 1953 mit 8,7 Prozent verzeichnet. Die mittlere Arbeitslosenquote liegt im Beobachtungszeitraum bei 5,1 Prozent. Ab 1971 kann ein Trend zur Zunahme festgestellt werden wie Abbildung 3 zeigt.

Tabelle 4: Deskriptivstatistik zur Arbeitslosenquote

	Arbeitslosenquote [%]
Anzahl	19
Mittelwert	4,73
Median	5,1
Getrimmter Mittelwert	4,69
Standardabweichung	2,12
Minimum	1,5
Maximum	8,7
Wertebereich	7,2
Schiefe	-0,10
Kurtosis	-1,27
Standardfehler	0,49

4.3.3. Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das nominelle BIP, welches lediglich die Wirtschaftsleistung eines Landes misst, steigt seit Ende des zweiten Weltkrieges kontinuierlich an und ermöglicht daher keine quantitativen Aussagen über die ökonomische Entwicklung der zweiten Republik. Im Rahmen der

empirischen Studie wurden deshalb das reale BIP pro Kopf und das reale BIP pro Erwerbstätigen verwendet.

Die zur Verfügung gestellten Daten der Statistik Austria decken den Zeitraum von 1949 bis 2008 ab (Statistik Austria, 2010 c). Da die Berechnung des BIP anhand verschiedener gesetzlicher Richtlinien erstellt wurde und damit die Zahlen für die einzelnen Zeitabschnitte nicht vergleichbar sind, richtet sich der Fokus dieser Studie nicht auf die gesamte vorhandene Datenreihe von 1949 bis 2008, sondern auf den Zeitraum von 1979 bis zu den letzten Nationalratswahlen. Da die Werte zu Vorjahrespreisen berechnet wurden, wird für die Wahljahre die Veränderung des realen BIP pro Kopf sowie des BIP pro Erwerbstätigen herangezogen. Damit ist es möglich das Wachstum der Österreichischen Wirtschaft zu beobachten, etwaige Einbrüche zu registrieren und Vergleiche zu ermöglichen.

Tabelle 5: Deskriptivstatistik zur Veränderung des realen BIP pro Kopf

	Δ reales BIP/Kopf
Anzahl	10
Mittelwert	2,64
Median	2,65
Getrimmter Mittelwert	2,65
Standardabweichung	1,51
Minimum	-0,3
Maximum	5,5
Wertebereich	5,8
Schiefe	-0,05
Kurtosis	-0,23
Standardfehler	0,48

Tabelle 6: Deskriptivstatistik zur Veränderung des realen BIP je Erwerbstätigen

	Δ reales BIP/Erwerbstätigen
Anzahl	10
Mittelwert	2,36
Median	2,3
Getrimmter Mittelwert	2,51
Standardabweichung	1,71
Minimum	-1,5
Maximum	5,0
Wertebereich	6,5
Schiefe	-0,68
Kurtosis	-0,24
Standardfehler	0,54

Die jährliche Veränderung des BIP pro Kopf schwankte in der zweiten Republik um ca. 6 Prozent, wobei im Durchschnitt eine Veränderung von 2,65 Prozent für 10 Beobachtungen zwischen 1979 und 2008 gemessen wurde. Der stärkste Anstieg des realen BIP pro Kopf von 5,5 Prozent wurde im Jahr 1979 gemessen wie auch in Tabelle 5 und Abbildung 4 veranschaulicht wird.

Das BIP pro Erwerbstätigen weist mit einem Median von 2,3 und einem Wertebereich von 6,5 Prozent naturgemäß ähnliche Veränderungsraten auf (siehe Tabelle 5 und 6).

4.3.4. Abgabenquote

Die eigenständig berechnete Steuerquote basiert auf den Daten der Statistik Austria (Statistik Austria, 2008). Die Abgabenquote ist der Anteil der Steuern und Sozialbeiträge nach Abzug der uneinbringlichen Steuern und Sozialbeiträge am nominellen BIP und wurde nach unten angeführter Formel berechnet.

$$\text{Abgabenquote} = \frac{\text{Steuern und Sozialbeiträge nach Abzug der uneinbringlichen Steuern und Sozialbeiträge}}{\text{nominelle BIP}} \times 100$$

Wie in Tabelle 7 dargestellt handelt es sich hier um 10 Beobachtungen, die den Zeitraum von 1979 bis 2008 abdecken. Die mittlere Abgabenquote in Österreich liegt bei 43,6 Prozent und bewegt sich in einem Wertebereich von 40,4 bis 46,2 Prozent.

Tabelle 7: Deskriptivstatistik zur Abgabenquote

	Abgabenquote [%]
Anzahl	10
Mittelwert	43,3
Median	43,6
Getrimmter Mittelwert	43,4
Standardabweichung	1,9
Minimum	40,4
Maximum	46,2
Wertebereich	5,8
Schiefe	-0,1
Kurtosis	-1,3
Standardfehler	0,6

4.3.5. Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung wurde aus dem Jahrbuch der Statistik Austria (Statistik Austria, 2010 a, S. 483), welche anhand der Daten des BMI errechnet wurde, entnommen und deckt den gesamten Beobachtungszeitraum ab.

Im Durchschnitt gaben 92,2 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Entgegen der herrschenden Meinung ist die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen relativ hoch.

Im Jahr 1949 traten mit 96,8 Prozent der Wähler, die meisten den Gang zur Urne an. Wie Kurtosis, mit einem Wert von -1,23, und Schiefe mit -0,58 verdeutlichen nimmt die Wahlbeteiligung relativ konstant ab und erreicht im Jahr 2006 das Minimum mit 78,5 Prozent (siehe Tabelle 8 und Abbildung 12).

Tabelle 8: Deskriptivstatistik zur Wahlbeteiligung

	Wahlbeteiligung [%]
Anzahl	19
Mittelwert	89,41
Median	92,2
Getrimmter Mittelwert	89,62
Standardabweichung	6,07
Minimum	78,5
Maximum	96,8
Wertebereich	18,3
Schiefe	-0,58
Kurtosis	-1,23
Standardfehler	1,39

4.3.6. Ausländeranteil

Der Ausländeranteil an der österreichischen Gesamtbevölkerung wurde anhand der von der Statistik Austria zur Verfügung gestellten Daten berechnet und umfasst 15 Beobachtungen, da die entsprechenden Bevölkerungsdaten erst seit 1961 jährlich erhoben werden (Statistik Austria, 2010 d). Bezogen auf die Wahljahre von 1962 bis 2008 ergibt dies 15 Werte die für die Analyse herangezogen wurden.

$$\text{Ausländeranteil} = \frac{\text{Anzahl der Nicht – Österreicher}}{\text{österreichische Gesamtbevölkerung}} \times 100$$

Der Medianwert des Ausländeranteils für den Beobachtungszeitraum beträgt 4,08 Prozent an der österreichischen Gesamtbevölkerung. Der geringste Anteil an Nicht-Österreichern wurde im Jahr 1962 gezählt, das Maximum wurde im Jahr 2008 mit 10,22 Prozent erreicht.

Tabelle 9: Deskriptivstatistik zum Ausländeranteil an der österreichischen Gesamtbevölkerung

	Ausländeranteil [%]
Anzahl	15
Mittelwert	5,63
Median	4,08
Getrimmter Mittelwert	5,60
Standardabweichung	3,13
Minimum	1,44
Maximum	10,22
Wertebereich	8,78
Schiefe	0,17
Kurtosis	-1,76
Standardfehler	0,81

4.4.Ableitung der Hypothese

Die mögliche Wechselbeziehung zwischen der Arbeitslosigkeit und der Zustimmung für rechte Parteien wird als erste in die empirische Analyse mit einbezogen.

Abbildung 8: Verlauf der Arbeitslosenquote im Vergleich mit den Wählerstimmen für rechtspopulistische Parteien von 1949-2008

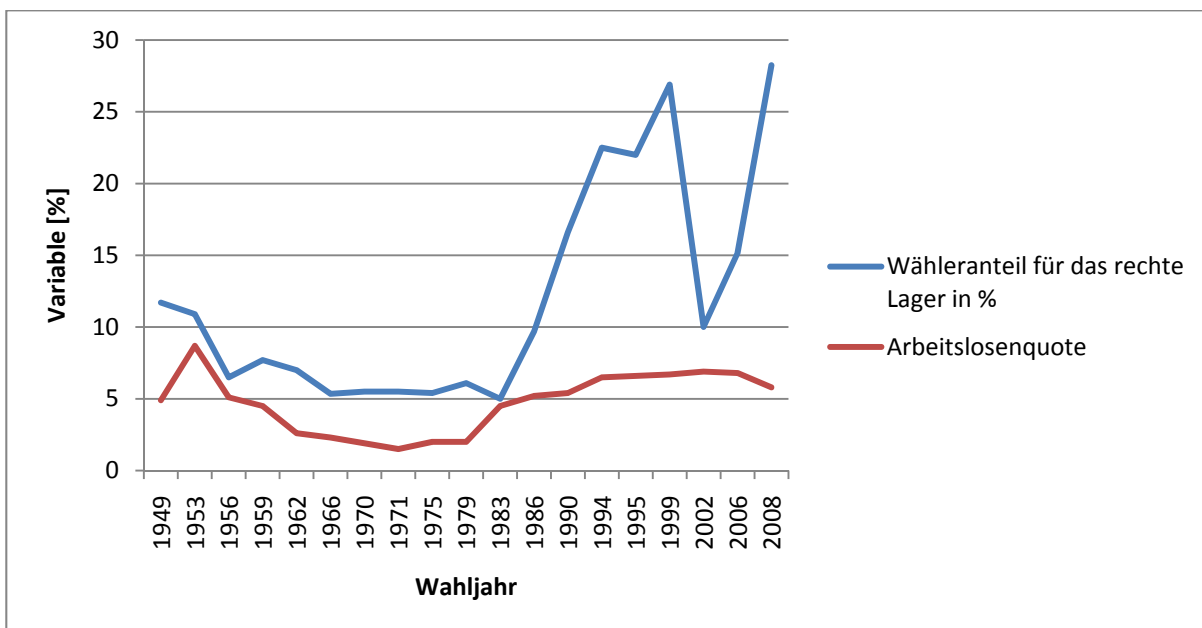
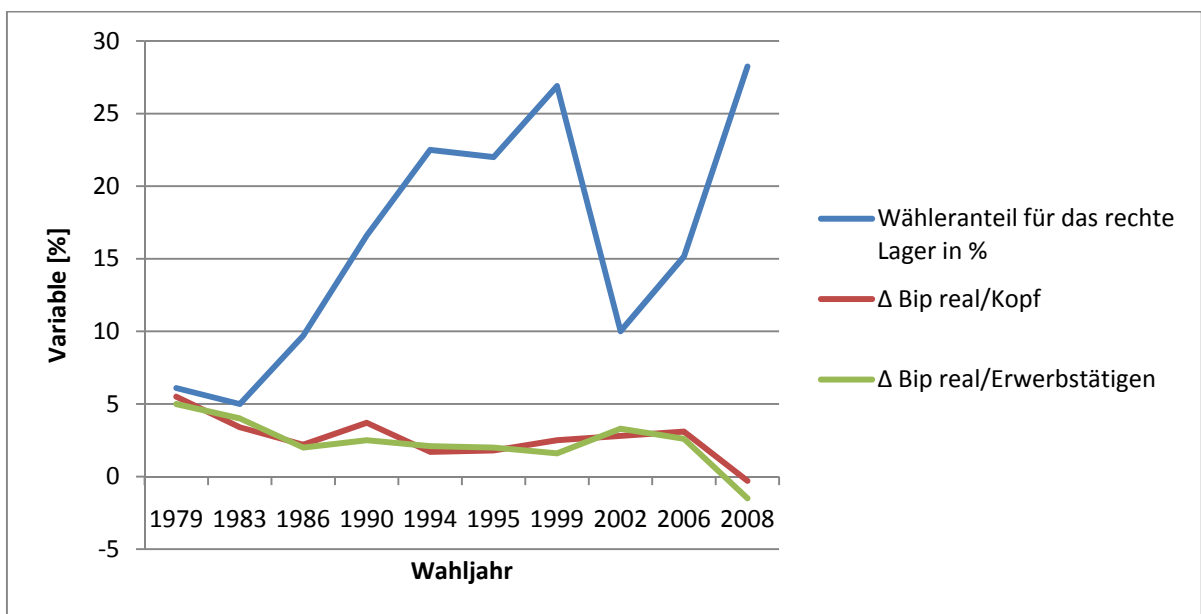


Abbildung 8 stellt den Verlauf der Arbeitslosenquote sowie den Prozentsatz der Wähler, die für rechtspopulistische Parteien gestimmt haben dar. Während die beiden Kurven bis zu den Wahlen 1979 sehr ähnlich verlaufen, scheint das Jahr 1983 eine Trendwende darzustellen. Seither nahmen die Stimmen für das rechte Lager überproportional zur Arbeitslosenquote zu. Die Entwicklung beider Kurven scheint auf eine Korrelation der Daten, wie in Abbildung 8

dargestellt, hinzuweisen. Deshalb wird angenommen, dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermehrtem Zuspruch für rechtsgerichtete Parteien führt. Es liegt daher nahe sich mit diesen Daten statistisch auseinander zu setzen, weshalb sich die erste Hypothese mit der Ermittlung eines potenziellen positiven Zusammenhanges dieser beiden Faktoren befasst.

Um die Wohlstandsveränderung in der Volkswirtschaft darzustellen und damit aussagekräftige Ergebnisse vorzulegen wird die Veränderung des realen BIP pro Einwohner und pro Erwerbstätigen verwendet.

Abbildung 9: Die prozentuelle Veränderung des realen BIP pro Kopf und Erwerbstätigen im Vergleich mit dem Wähleranteil des rechten Lagers von 1979-2008

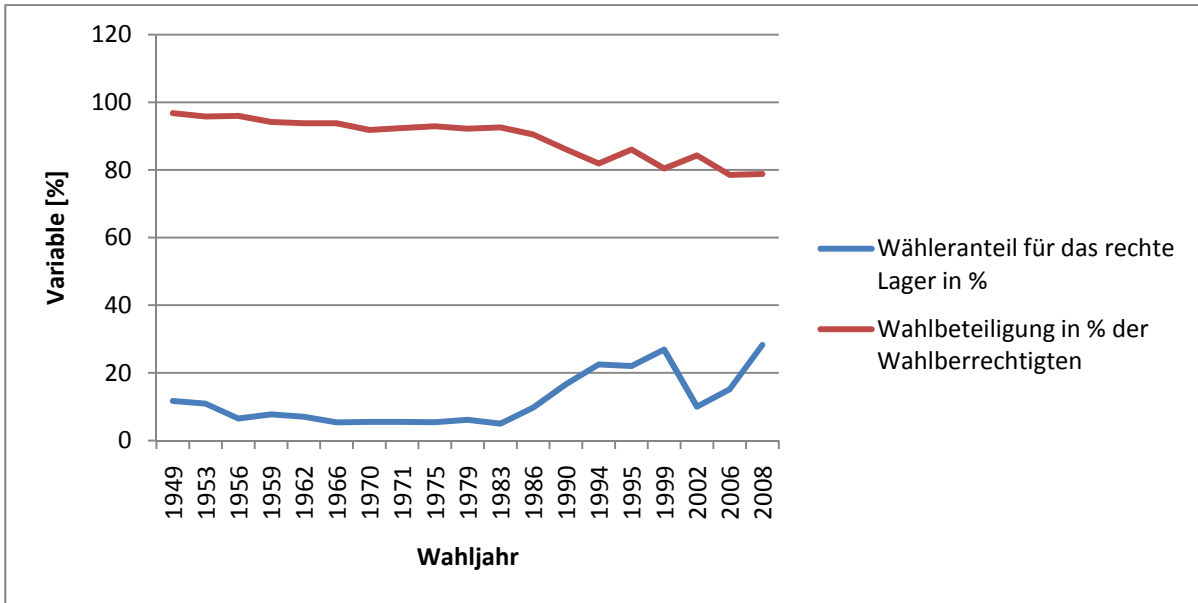


Betrachtet man die Veränderung des realen BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen im Vergleich mit dem Wahlergebnis in Abbildung 9, so sieht man, dass sich beide Vergleichsvariablen ähnlich verhalten und sich in die entgegengesetzte Richtung zum Wähleranteil entwickeln. Die zweite zu überprüfende Hypothese lautet daher, „sowohl das BIP pro Einwohner als auch das BIP pro Erwerbstätigen korrelieren negativ mit dem Anteil rechtspopulistischer Wählerstimmen“, das heißt je geringer bzw. schwächer das Wachstum ist desto mehr Zuspruch erhalten die Rechtsparteien in Österreich.

Wie Abbildung 10 veranschaulicht ist die Wahlbeteiligung in der Zweiten Republik sukzessive gesunken. Während 1949 noch 96,8 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgaben, traten im Jahr 2008 nur mehr 78,8 Prozent den Weg zur Urne an (Statistik Austria, 2010 a, S.

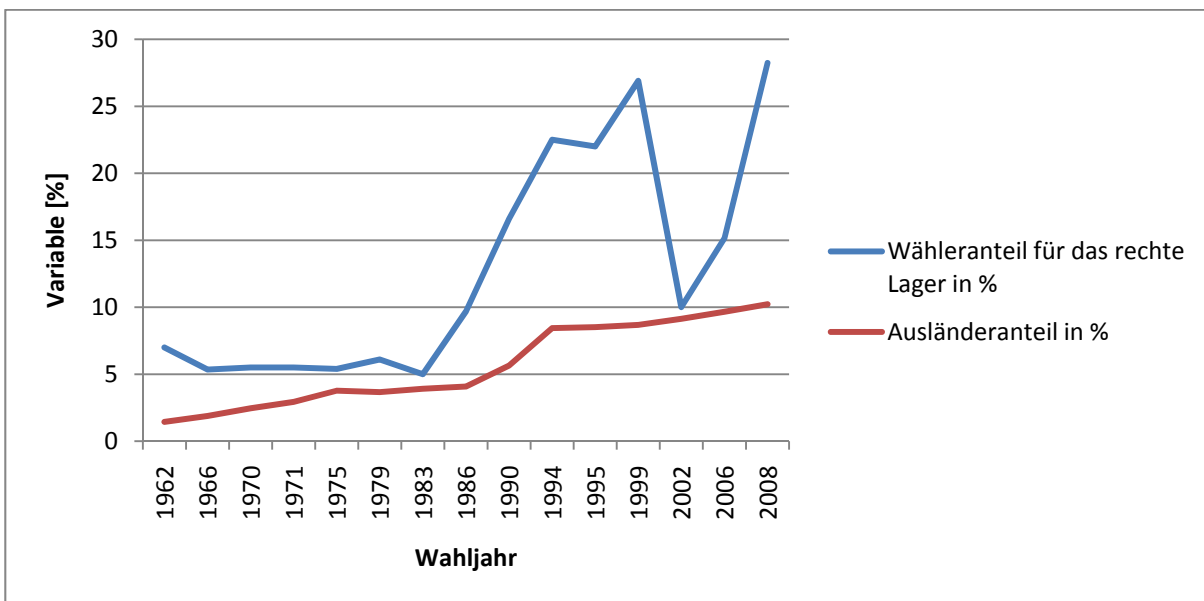
483). Es wird daher überprüft ob die Hypothese 4, dass der Anteil der Partei der Nichtwähler den Erfolg der rechten Parteien begünstigt, stimmt.

Abbildung 10: Das Verhältnis von Wähleranteil für das rechte Lager und Wahlbeteiligung von 1949-2008



Einen weiteren möglichen Einflussfaktor auf das Wahlverhalten stellt die Zuwanderung dar. Dies wird von H.C. Strache in seinen Wahlkämpfen thematisiert wie das auch seine Vorgänger taten und vermutlich seine Nachfolger tun werden.

Abbildung 11: Entwicklung des Wähleranteils des rechten Lagers sowie des Ausländeranteils an der österreichischen Bevölkerung von 1962-2008



A prima vista scheint der Ausländeranteil einen Einfluss auf das Wahlverhalten zu haben. Wenngleich in Abbildung 11 ersichtlich ist, dass im Zeitraum von 1949 bis 1983 der Rechtspopulismus tendenziell Stimmen verloren hat, obwohl die Anzahl der Ausländer in Österreich nahezu stetig zunahm wird von einem Zusammenhang der beiden Variablen ausgegangen. Der mäßige Wahlerfolg des Jahres 2002 nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ lässt jedoch vermuten, dass der Ausländeranteil zumindest nicht ausschließlich für den Erfolg rechter Parteien ausschlaggebend ist, da die Entwicklung zu diesem Zeitpunkt - massiver Wählerstimmenverlust bei moderatem Anstieg des Ausländeranteils – gegenläufig war.

Auf Grund dieser Beobachtungen und dem bisherigen Informationsstand ist es jedoch naheliegend, dass ein positiver Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren besteht, weshalb die fünfte Hypothese diesen prüfen soll.

4.5.Prüfung der Hypothesen

4.5.1. Korrelationsanalyse

In Tabelle 10 werden die Ergebnisse der Korrelationsanalyse für alle Variablen, das heißt die Zusammenhänge der untersuchten Variablen mit den Wählerstimmen des rechten Lagers sowie untereinander dargestellt und einen Überblick der Ergebnisse zu ermöglichen (siehe hierzu die Korrelationsmatrix ohne Zeitversatz S. 51 im Anhang).

Die statistische Betrachtung der Variablen Wähleranteil für das rechte Lager und Arbeitslosigkeit weisen einen positiven, hochsignifikanten Zusammenhang ($r=0,63$) auf. Die Zustimmung für rechte Parteien nimmt also mit zunehmender Arbeitslosigkeit zu.

Ferner konnten auch zwischen Wirtschaftswachstum und rechten Wählerstimmen Zusammenhänge festgestellt werden. Zwischen realer Veränderung des BIP pro Kopf und dem Wähleranteil rechter Parteien besteht eine signifikante negative Korrelation von $-0,72$, mit jener des BIP pro Erwerbstätigen ein hochsignifikanter negativer Zusammenhang in der Höhe von $-0,82$.

Auch eine Analyse der Beziehung des Wähleranteils des rechten Lagers mit der Abgabenquote zeigt einen signifikanten ($r=0,65$), positiven Zusammenhang und untermauert die Hypothese, dass eine steigende Steuerbelastung analog zu verstärktem Zuspruch für das

Tabelle 10: Ergebnis der Korrelationsanalyse vom Wähleranteil des rechten Lagers mit den Variablen Arbeitslosenquote, Veränderung des realen BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen, Abgabenquote, Wahlbeteiligung und Ausländeranteil sowie der Korrelationen zwischen den einzelnen Variablen ohne Zeitversatz

	Wähleranteil des rechten Lagers [%]	Arbeitslosen- quote [%]	Δ reales BIP/Kopf [%]	Δ reales BIP/ Erwerbstätigen [%]	Abgaben- quote [%]	Wahlbe- teiligung [%]	Ausländer- anteil [%]
Wähleranteil des rechten Lagers [%]	1	0,63 0,004 19	-0,72 0,018 10	-0,82 0,004 10	0,65 0,044 10	-0,80 0,000 19	0,83 0,000 15
Arbeitslosen- quote [%]		1	-0,62 0,054 10	-0,51 0,132 10	0,82 0,004 10	-0,48 0,039 19	0,89 0,000 15
Δ reales BIP/Kopf [%]			1	0,92 0,000 10	-0,60 0,067 10	0,59 0,070 10	-0,65 0,042 10
Δ reales BIP/Erwerbs- tätigen [%]				1	-0,55 0,096 10	0,68 0,032 10	-0,63 0,051 10
Abgabenquote [%]					1	-0,74 0,014 10	0,80 0,005 10
Wahlbe- teiligung [%]						1	-0,95 0,000 15
Ausländeranteil [%]							1

rechte Lager führt.

Die hohe Wahlbeteiligung als Maß für das politische Interesse, bzw. eine sinkende Wahlbeteiligung als Zeichen für Politikverdrossenheit korreliert höchstsignifikant negativ mit dem Wähleranteil der Rechtsparteien ($r=-0,80$).

Die letzte geprüfte Beziehung zwischen Ausländeranteil und rechtem Lager repräsentiert einen höchstsignifikanten positiven Zusammenhang ($r=0,83$).

Die Werte der Korrelationsanalyse zeigen außerdem, dass alle Variablen auch untereinander in signifikanten Zusammenhängen stehen, mit Ausnahme der Beziehung zwischen Arbeitslosenquote und der Veränderung des realen BIP pro Kopf.

Die Time-lag Analyse der bearbeiteten Parameter stellt die Zusammenhänge historischer bzw. bereits zurückliegender Ereignisse auf das Wahlergebnis dar. Hierbei wurde der Wahlerfolg zunächst mit dem Stand der einzelnen Variablen ein Jahr (lag 1) und anschließend zwei Jahre (lag 2) vor den Wahlen in Relation gesetzt. Diese Analyse soll eine mögliche Verzögerung zwischen gesellschaftlichen Geschehnissen und Wahlverhalten prüfen (siehe hierzu den Anhang S.52-55).

Die Ergebnisse für Lag 1 zeigen, dass die Arbeitslosenquote ($r=0,7$) und der Ausländeranteil ($r=0,81$) höchstsignifikant positiv mit dem Wählerzuspruch für rechte Parteien korrelieren.

Wie bereits für Lag 1 bestehen auch bei einer Verzögerung von zwei Jahren signifikante Zusammenhänge. Neben der Beziehung zwischen Arbeitslosenquote ($r=0,79$) und Ausländeranteil ($r=0,75$) und der Entwicklung des rechten Lagers steht auch die Abgabenquote ($r=0,61$) in positiven Zusammenhang mit der Prüfvariable.

4.5.2. Lineare Regressionsanalyse

In einem nächsten Schritt werden die Ergebnisse der linearen Regressionen erläutert, wobei der Wähleranteil des rechten Lagers jeweils als abhängige und die Variablen Arbeitslosenquote, BIP pro Kopf, BIP je Erwerbstätigen, Abgabenquote und Ausländeranteil als unabhängige Variablen in die Analyse eingehen.

Die Übereinstimmung der abhängigen Variable „Anteil des rechten Lagers“ mit der Arbeitslosenquote zeigt, dass 36 Prozent der Daten dem Modell entsprechen, wobei die

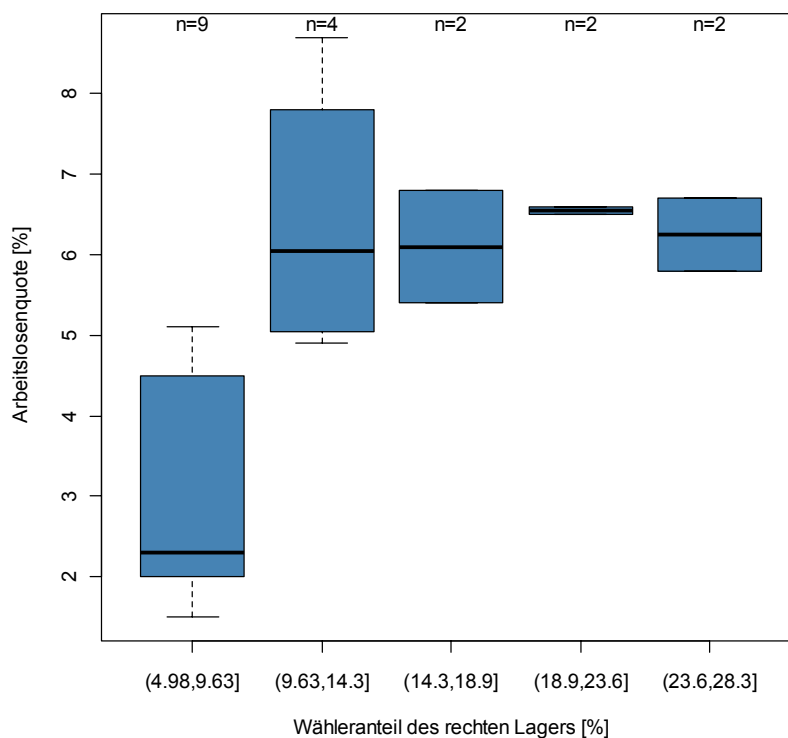
Modellanpassung hinreichend ist. Mit einer Signifikanz von 0,004 und einem T-Wert von 3,323 deutet das Ergebnis dieses statistischen Verfahrens auf einen hohen Zusammenhang zwischen den getesteten Variablen hin.

Tabelle 11: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Anteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Arbeitslosenquote

R	0,63				
R-Quadrat	0,39				
Korrigiertes R-Quadrat	0,36				
Standardfehler des Schätzers	6,17				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	1,217	3,536		0,344	0,735
Arbeitslosenquote [%]	2,276	0,685	0,628	3,323	0,004

Die Visualisierung der Beziehung zwischen Arbeitslosenquote und Wähleranteil für das rechte Lager in Abbildung 12 veranschaulicht diese Wechselbeziehung sehr deutlich.

Abbildung 12: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und der Arbeitslosenquote ohne Zeitversatz



Der Wähleranteil des rechten Lagers wurde in fünf Wertebereiche unterteilt um genauer darzulegen in welchem Radius der Arbeitslosenquote der Zuspruch für rechte Parteien zunimmt. Der erste Wertebereich von 4,98 bis 9,63 Prozent der Rechtsstimmen umfasst 9 Beobachtungen und zeigt, dass eine geringe Zustimmung für rechtspopulistische Parteien in Zeiten geringer Arbeitslosigkeit besteht. Mit steigender Arbeitslosenquote nimmt auch der Wähleranteil des rechten Lagers zu. Dies wird dadurch verdeutlicht, dass der Median der Arbeitslosenquote des letzten Wertebereiches, also jener mit der größten Zustimmung für rechte Parteien, bei ca. 6 Prozent liegt, während jener in Zeiten geringer Zustimmung gut 2 Prozent beträgt. Die Zustimmung für rechte Parteien steigt ab einem Schwellenwert der Arbeitslosenquote von ca. 6 Prozent überproportional stark an.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse für die unabhängigen Variablen „Veränderung des realen BIP pro Kopf“ und „Pro Erwerbstätigen“ weisen mit den Werten $T=-2,975/ p=0,018$ und $T=-4,079/ p=0,004$ ebenfalls eine signifikante bzw. hochsignifikante negative Relation mit dem Wähleranteil des rechten Lagers auf (siehe Tabelle 12 u. 13).

Tabelle 12: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Wähleranteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Veränderung des realen BIP pro Kopf ohne Zeitversatz

R	0,72				
R-Quadrat	0,53				
Korrigiertes R-Quadrat	0,47				
Standardfehler des Schätzers	6,17				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	26,911	4,089		6,581	0,000
Δ reales BIP/Kopf [%]	-4,050	1,361	-0,725	-2,975	0,018

Tabelle 13: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Wähleranteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Veränderung des realen BIP/Erwerbstätigen ohne Zeitversatz

R	0,82				
R-Quadrat	0,68				
Korrigiertes R-Quadrat	0,63				
Standardfehler des Schätzers	5,1				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	25,780	2,846		9,059	0,000
Δ reales BIP/Erwerbstätigen [%]	-4,051	0,993	-0,822	-4,079	0,004

Für die Veränderung des realen BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen erfüllen 53 und 68 Prozent der Werte die Annahmen des Modells. Mit 68 Prozent ist die Übereinstimmung für die reale Veränderung des BIP pro Erwerbstätigen hoch qualitativ.

Die graphischen Darstellungen in Abbildung 13 und 14 zeigen, dass bei steigendem Wirtschaftswachstum die Zustimmung für Rechtsparteien marginal, bei Stagnation bzw. Rezession jedoch zunehmend ist. Offenbar gelingt es den Rechtsparteien in wirtschaftlich problematischen Zeiten die Wähler besonders stark zu mobilisieren.

Die Medianwerte der Veränderung des realen BIP pro Kopf schwanken zwischen dem höchsten und niedrigsten Wertebereich von ca. 4,5 bis 1 Prozent. Bezogen auf die reale Veränderung des BIP pro Erwerbstätigen ist die Ausprägung der Medianwerte mit 4, 5 bis 0 Prozent noch deutlicher sichtbar. Fällt das Wirtschaftswachstum unter 2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, so setzen sich rechtspopulistische Parteien besser durch.

Abbildung 13: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und dem realen BIP pro Kopf ohne Zeitversatz

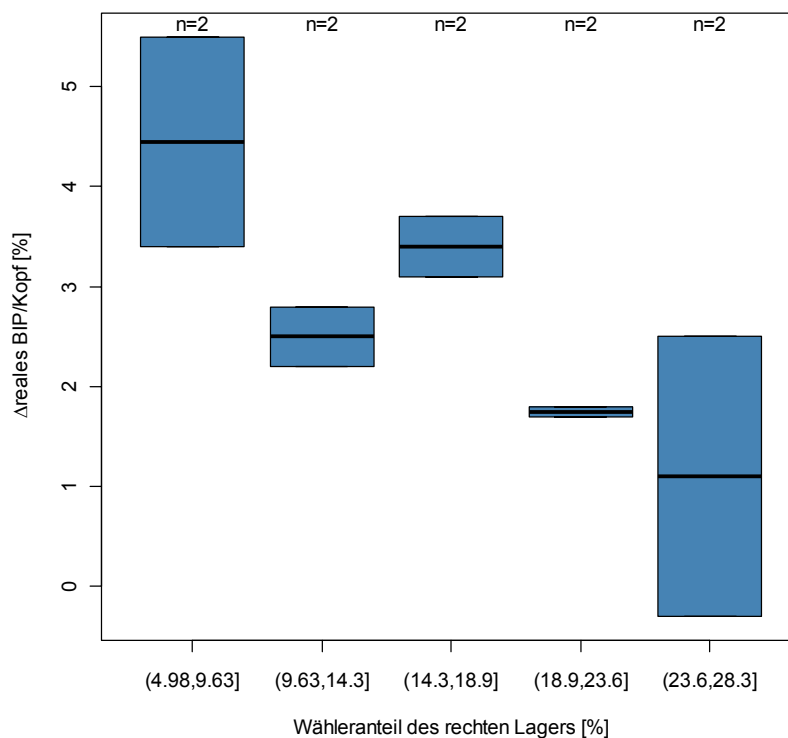
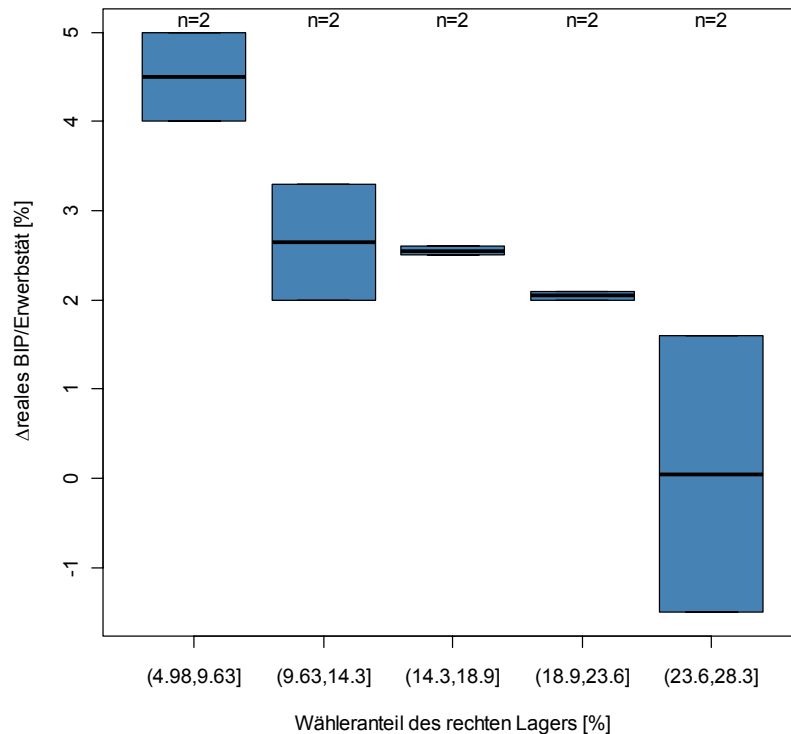


Abbildung 14: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und der Veränderung des realen BIP je Erwerbstätigen ohne Zeitversatz

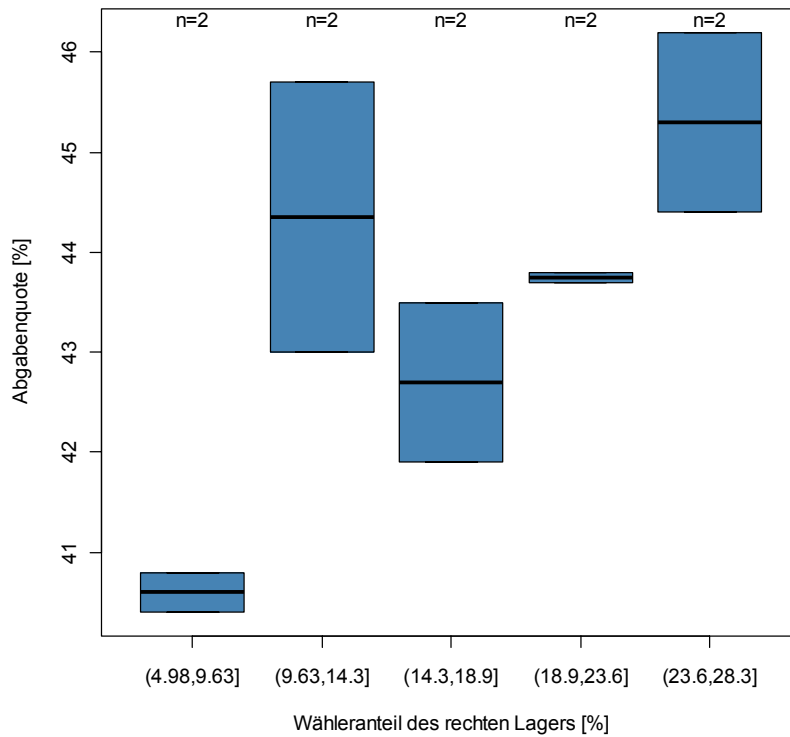


Auch die statistischen Werte zur Beziehung zwischen Abgabenquote und der relativen Stärke rechtspopulistischer Parteien in Tabelle 14 untermauern die Erkenntnisse, die bereits im Zuge der Korrelationsanalyse, gewonnen wurden. Es besteht ein signifikanter positiver Zusammenhang ($T=2,394/p=0,044$), zwischen Abgabenquote und Wähleranteil wie auch die Boxplots in Abbildung 15 zeigen.

Tabelle 14: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Wähleranteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Abgabenquote ohne Zeitversatz

R	0,65				
R-Quadrat	0,42				
Korrigiertes R-Quadrat	0,34				
Standardfehler des Schätzers	6,84				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	-108,174	52,015		-2,080	0,071
Abgabenquote [%]	2,870	1,199	0,646	2,394	0,044

Abbildung 15: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und der Abgabenquote ohne Zeitversatz

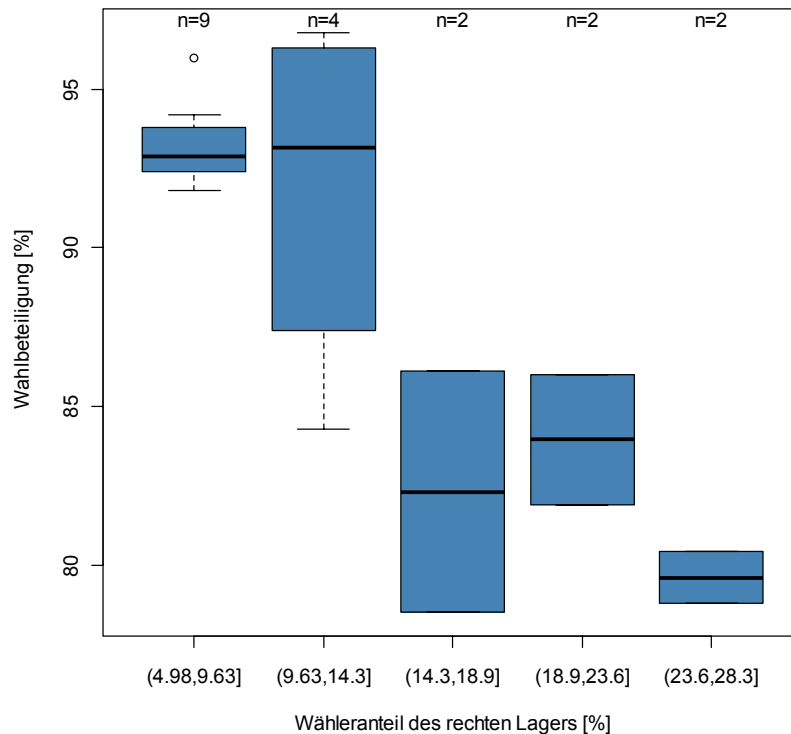


Die fünf Wertebereiche des Wähleranteils des rechten Lagers zeigen, dass die Zustimmung für Rechtsparteien mit einer Ausnahme umso größer ist je höher der Steuerdruck ist. Bei einem Medianwert des Steueranteils von unter 41 Prozent liegt die Zustimmung für rechte Parteien bei kaum 10 Prozent, bei einer durchschnittlichen Steuerquote oberhalb der 45 Prozent Grenze aber bereits bei bis zu 28 Prozent.

Tabelle 15: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für den Anteil des rechten Lagers in Abhängigkeit der Wahlbeteiligung ohne Zeitversatz

R	0,80				
R-Quadrat	0,64				
Korrigiertes R-Quadrat	0,62				
Standardfehler des Schätzers	4,73				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	102,912	16,450		6,256	0,000
Wahlbeteiligung [%]	-1,017	0,184	-0,802	-5,539	0,000

Abbildung 16: Boxplots zur Beziehung zwischen dem Wähleranteil des rechten Lagers und der Wahlbeteiligung ohne Zeitversatz



Die Relation zwischen Wahlbeteiligung und dem Anteil der Rechtswähler erfüllt zu 62 Prozent die Kriterien der linearen Regression. Der Zusammenhang der unabhängigen und abhängigen Variable ist höchstsignifikant negativ ($T = -5,539 / p < 0,001$).

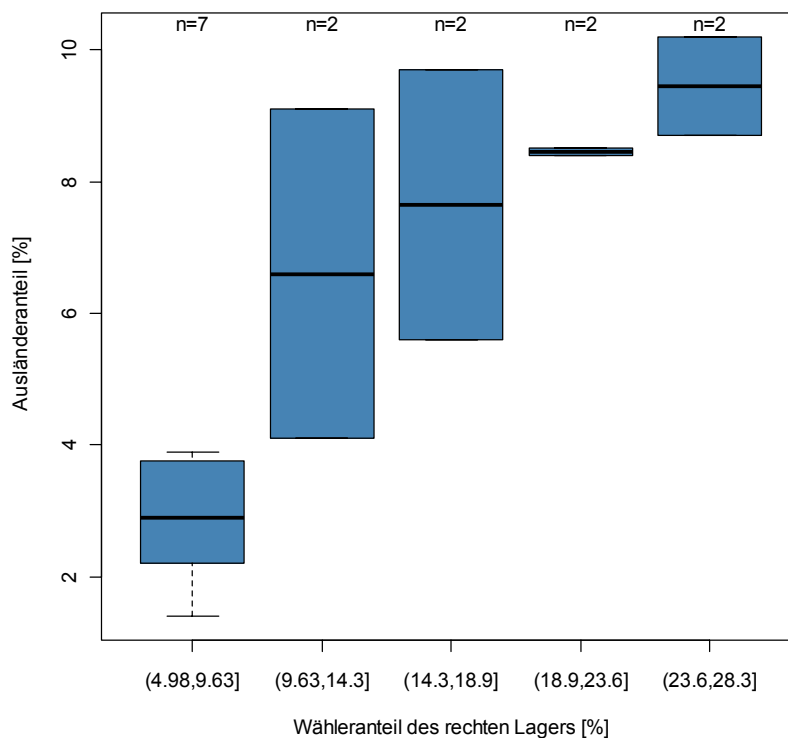
Dies zeigen auch die Boxplots in Abbildung 16, die bei sehr hoher mittlerer Wahlbeteiligung von mehr als 90 Prozent Wertepaare des Wähleranteils des rechten Lagers von 4,89 bis 14,3 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von 80 bis 85 Prozent einen Wähleranteil der Rechtspopulisten von 14,4 bis 28,3 Prozent dokumentieren.

Tabelle 16: Darstellung der Ergebnisse der linearen Regression für die Variablen rechtes Lager und Wahlbeteiligung ohne Zeitversatz

R	0,83				
R-Quadrat	0,69				
Korrigiertes R-Quadrat	0,66				
Standardfehler des Schätzers	4,94				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	0,063	2,697		0,023	0,982
Ausländeranteil [%]	2,250	0,422	0,828	5,330	0,000

Auch die Ergebnisse der Regressionsanalyse für die unabhängige Variable „Ausländeranteil“ sind mit Werten von $T= 5,33$ und $p < 0,001$ höchstsignifikant. Wobei 69 Prozent der Werte der Modellannahme entsprechen. Abbildung 17 skizziert, dass bei einer Ausländerquote unter 2,5 Prozent ein Wertebereich bis 9,63 Prozent der Wählerstimmen für Rechtsparteien erreicht wurde. Bei Medianwerten der Ausländerquote ab ca. 6,5 bis ca. 9 Prozent der Gesamtbevölkerung steigt die Zustimmung für rechtspopulistische Parteien überproportional stark an.

Abbildung 17: Boxplot zur Beziehung zwischen rechtem Lager und Ausländeranteil ohne Zeitversatz



Bei der statistischen Überprüfung der Abhängigkeiten von den Variablen mit einem Zeitversatz von einem Jahr – Lag 1 – und von zwei Jahren – Lag 2 – wurde die Variable Wahlbeteiligung weggelassen, da mit dieser kein sinnvoller Zusammenhang existiert. (siehe die statistischen Auswertungen sowie graphischen Darstellungen für Lag 1 und 2 im Anhang S. 56-61)

Die Ergebnisse für Lag 1 zeigen, dass die Arbeitslosenquote und der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung bei linearer Regression eine sehr hohe Signifikanz aufweisen. Die Entwicklung der Veränderung des realen BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen und die

Abgabenquote im Jahr $t=-1$ sind nicht mehr signifikant, auch ein Trend ist nicht mehr ablesbar. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Werten der Bestimmtheitsmaße, die für die Arbeitslosenrate und den Ausländeranteil mit 50 bzw. 66 Prozent der Werte eine gute Übereinstimmung mit dem Modell zeigen.

Auch bei einem Time-lag von 2 Jahren besteht bei linearer Regression mit den Variablen Arbeitslosenquote und Ausländeranteil ein hochsignifikanter Zusammenhang mit dem Wähleranteil des rechten Lagers. Erstaunlicherweise weist die Berechnung mit einer Tendenz von 0,06 auch einen Trend für die Relation zwischen Abgabenquote und der abhängigen Variable auf, der bei einer zeitlichen Verzögerung von einem Jahr nicht ersichtlich war.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die statistischen Verfahren alle abgeleiteten Hypothesen stützen und diese daher angenommen werden.

5. Diskussion der Ergebnisse und Fazit

Die Ergebnisse der Korrelations- und linearen Regressionsanalyse zeigen, dass die Variablen Arbeitslosenquote, BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen sowie Abgabenquote in engem Zusammenhang mit dem Wahlverhalten von Rechtswählern stehen. In Perioden ansteigender oder verhältnismäßig hoher Arbeitslosigkeit, stagnierenden oder rückläufigen Wirtschaftswachstums und hoher bzw. zunehmender Steuerbelastung, nehmen die Wählerstimmen für Rechtsparteien zu. Die Time-lag Analyse zeigt, dass für die Arbeitslosen- und Abgabenquote diese Abhängigkeit auch bei zeitlicher Verzögerung besteht. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass diese beiden Parameter die Menschen direkt treffen, während ein Nullwachstum, eine Rezession oder ein schwacher konjunktureller Aufschwung von der Bevölkerung zwar wahrgenommen werden, aber selten gezielt Einzelpersonen betreffen. Es wird daher davon ausgegangen, dass ein Kausalzusammenhang zwischen Arbeitslosenquote bzw. Abgabenquote und dem rechtem Wähleranteil besteht, wobei der Wahlerfolg der rechten Parteien von den unabhängigen Variablen beeinflusst wird.

Die empirische Analyse lässt zwar keine Schlüsse jedoch Vermutungen zu, weshalb diese Zusammenhänge bestehen. Die Literaturrecherche zu den Theorien zum Rechtspopulismus

in Kapitel 2.2 untermauert die Ergebnisse der statistischen Analyse. Da Rechtsparteien in Österreich überwiegend zur parlamentarischen Opposition zählen, könnten diese von Protestwählern in Anlehnung an das Reward-Punishment-Modell als Sprachrohr genutzt werden, um die amtierende Regierung demonstrativ auf ihren Unmut aufmerksam zu machen (Anderson C. J., 2000, S. 153 ff). Dies würde auch den Rückgang rechter Wählerstimmen 2006 erklären, da FPÖ und das BZÖ an der vorhergehenden Regierung als Koalitionspartner der ÖVP beteiligt waren.

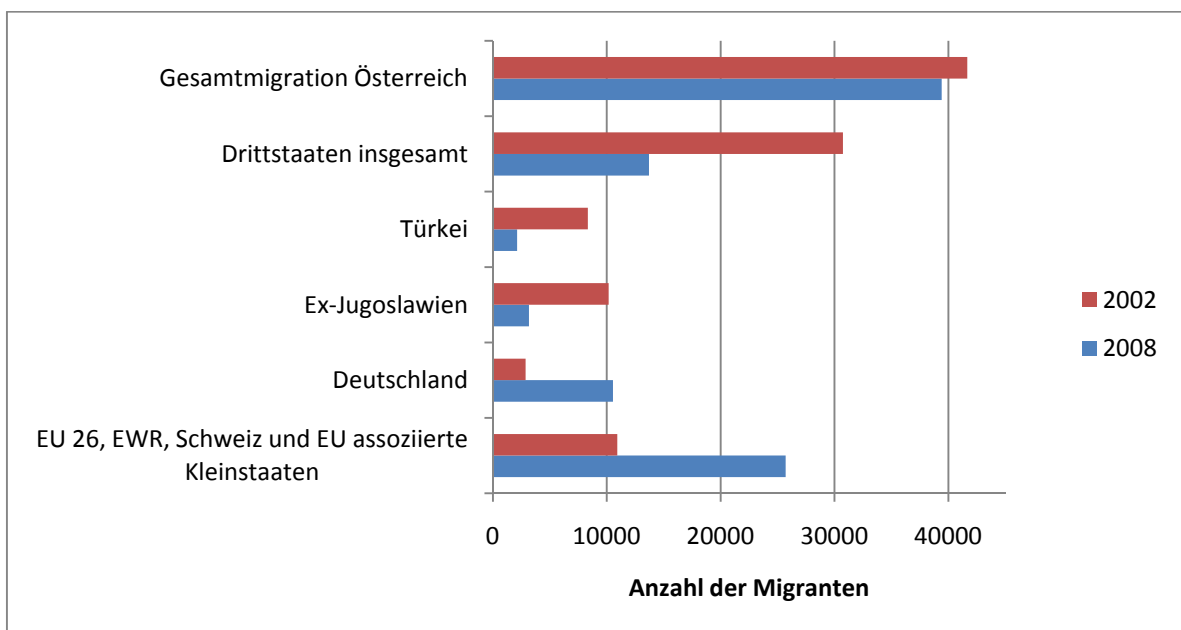
Ein weiteres viel folgenschwereres Problem stellen jedoch jene Wähler dar, die einen Sündenbock für ihre missliche Lage suchen und deshalb den hetzerischen Aufrufen rechtspopulistischer Parteien Folge leisten, welche das Feindbild „Ausländer“ kreieren. Greift man Lubbers, Gijsberts und Scheepers Theorie auf, dass Arbeitslose häufiger rechte Parteien wählen, so untermauert diese den statistisch erhobenen Zusammenhang der ersten Hypothese (Lubbers, Gijsbert, & Scheepers, 2002, S. 361 ff). Obwohl Österreich im internationalen Vergleich eine relativ geringe Arbeitslosigkeit aufweist, wie dies auch in Andersons Studie für Norwegen der Fall ist (Anderson C. J., 1996, S. 502 ff), konnte hier eine höchstsignifikante Korrelation nachgewiesen werden.

Wenn man nun davon ausgeht, dass schlechte Beschäftigungszahlen, eine schwache Konjunktur und hohe Abgaben, Anzeichen einer Wirtschaftskrise sind, so führen, Bezug nehmend auf Karen L. Remmer, diese zu einem politischen Umschwung, welcher in Österreich einem Zuwachs rechter Wählerstimmen gleichzusetzen wäre (Remmer, 1991, S. 777 ff). Gleichmaßen bekräftigt Lipsets Ansatz, dass wirtschaftliche und soziale Unsicherheit rechtspopulistische Parteien stärken ebenfalls die Erkenntnisse der Studie (Lipset, 1954, S. 489).

Die Variable „Wahlbeteiligung“ wurde per definitionem als Maß für die Politikverdrossenheit herangezogen, welche auf eine Aussichtslosigkeit der momentanen Lebenssituation beim Wähler zurück geführt werden kann. Eine Prüfung des Zusammenhangs zwischen Wahlbeteiligung und dem Wähleranteil des rechten Lagers kam zu dem Ergebnis, dass sie in starkem Zusammenhang zueinander stehen, wobei ein Rückgang des Vertrauens in die Politik mit einem Anstieg der Wählerstimmen für das rechte Lager einhergeht.

Der Wähleranteil des rechten Lagers und der prozentuelle Ausländeranteil an der österreichischen Gesamtbevölkerung stehen in positiven Zusammenhang. Auch bei zeitlicher Verzögerung mittels Time-Lag Analyse konnte sowohl für Lag 1 als auch Lag 2 eine signifikante Wechselbeziehung festgestellt werden. Dieses Ergebnis ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass der Ausländeranteil für alle Nicht-Österreicher berechnet wurde und nicht der Anteil der durch rechte Parteien gezielt angefeindeten ethnischen Gruppen bzw. Religionsgemeinschaften. Es war jedoch auf Grund der wenig detaillierten Aufzeichnungen nicht möglich sich bei der Kalkulation nur auf Drittstaatsangehörige oder Glaubensgemeinschaften zu konzentrieren.

Abbildung 18: Migration nach Österreich in den Jahren 2002 und 2008 (Statistik Austria, 2009, S. 34)

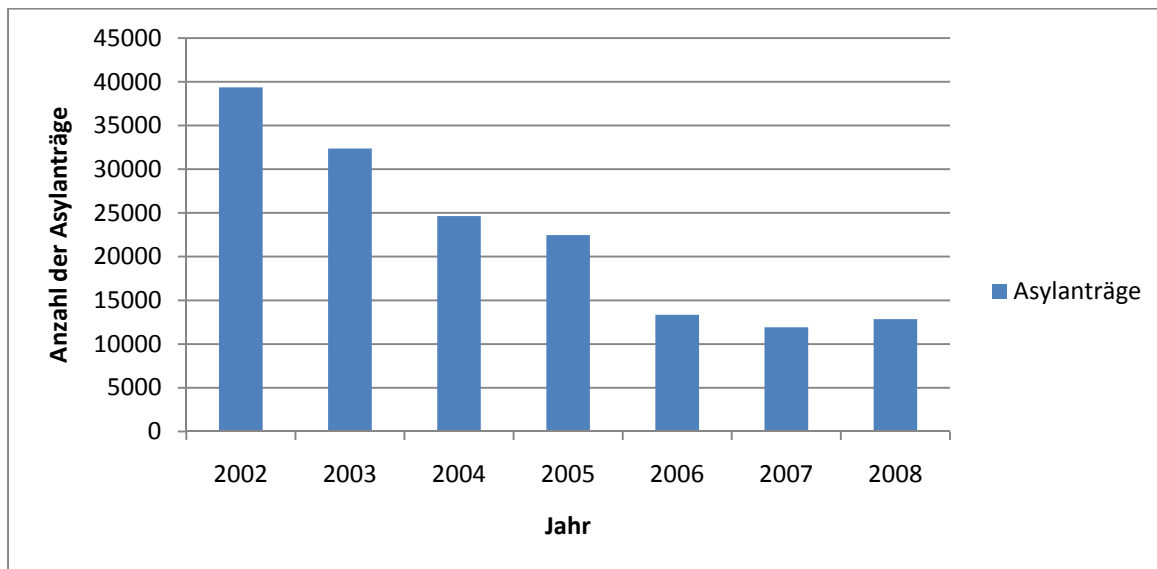


Wie in Abbildung 18 ersichtlich, sind sowohl die Gesamtmigration nach Österreich als auch die Anzahl der Einwanderer aus Drittstaaten von 2002 bis 2008 zurückgegangen, während die Binnenwanderung aus der Europäischen Union in den letzten Jahren stark angestiegen ist, wobei die Deutschen die größte Gruppe von Zuwanderern stellen (Statistik Austria, 2009, S. 33 ff). EU-Bürger haben jedoch einen legalen Aufenthaltstitel für Österreich, weshalb diese eigentlich nicht in die Ausländerstatistik mit einbezogen werden sollten.

Des Weiteren ist anzumerken, dass die Anzahl der Asylwerber in Österreich im Zeitraum von 2002 bis 2008 merklich zurückgegangen, wie Abbildung 19 zeigt. Diese Entwicklung ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf die „Dublin ii“ Verordnung der Europäischen Union

zurückzuführen, die besagt, dass Asylwerber in das „sichere Erstland“ abgeschoben werden dürfen. Da Österreich jedoch nur von EU-Ländern umgeben ist, stellt die Einreise per Luftweg, die einzige Möglichkeit dar, als Asylwerber in Österreich Zuflucht zu finden (Brickner & Moravec, 2008).

Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der Asylanträge von 2002-2008 (Bundesministerium für Inneres, c, S. 1)



Darüber hinaus gilt in Österreich das jus sanguinis, das heißt das Abstammungsprinzip, weshalb in Österreich geborene Kinder von Nicht-Österreichern die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern und nicht automatisch die Österreichische erhalten. Es kommen also jährlich ca. 10 000 Kleinkinder zur Welt, die automatisch als Ausländer gelten und auch als solche in den Statistiken erfasst werden (Maria Vassilakou, 2010).

Auch die von Rechtsparteien inszenierte Gefahr der „Islamisierung“ Österreichs ist angesichts der Daten der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2001 ungerechtfertigt. Der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung liegt bei bescheidenen 4,2 Prozent (Statistik Austria, 2007 a, S. 1). Selbst die Hauptstadt Wien erreicht mit einer Quote von ca. 7,8 Prozent keinen exorbitant hohen Anteil muslimischer Mitbürger (Statistik Austria, 2007 b).

Es liegt daher nahe, dass der Rechtspopulismus durch makroökonomische Maßnahmen und politische Aufklärung zurückgedrängt werden kann. Es sollten daher dahingehend stärkere Maßnahmen gesetzt werden, denn wenn die übrigen Parteien weiterhin die aktuelle Politik von H.C Strache und seiner FPÖ, lediglich kritisieren, nicht handeln bzw. die sogenannte

Ausländerproblematik ebenfalls aufgreifen, dann könnten sich Erdrutschsiege der FPÖ, wie erst kürzlich bei der Wien Wahl 2010 (orf.at, 2010) wiederholen und zu weiteren Diskriminierungen anstatt zu einer erfolgreichen Integration führen.

In den letzten Jahren werden die Stimmen in Österreich, die ein Integrationsministerium fordern, immer lauter. Derzeit werden die Aufgabenbereiche Asyl, Sicherheit und Integration vom Innenministerium wahrgenommen, weshalb das Thema Integration oft mit Abschiebung und Gefahr in Verbindung gebracht wird.

Weitere Forschungen sollten sich daher mit den Vorteilen der Schaffung eines Integrationsministeriums und dessen Einfluss auf die Entwicklung des Rechtspopulismus auseinandersetzen. Hier spielen vor allem Ländervergleiche eine wichtige Rolle.

6. Kurzzusammenfassung

Diese Arbeit setzt sich mit der Entwicklung des Rechtspopulismus von 1949 bis 2008 in Österreich unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Aspekte auseinander. Hierfür wurden bestehende Theorien und Forschungsergebnisse sowie wirtschaftsgeschichtliche und empirische Ansätze herangezogen. Es konnte festgestellt werden, dass starke Zusammenhänge zwischen ökonomischen bzw. gesellschaftlichen Entwicklungen und dem Wähleranteil des rechten Lagers in Österreich bestehen. Die Ergebnisse der empirischen Studie zeigen, dass sowohl eine angespannte Arbeitsmarktsituation, schlechte Wirtschaftsdaten, ein zunehmender Steuerdruck, Unzufriedenheit mit dem politisch administrativen System als auch der Ausländeranteil das rechte Lager begünstigen.

Für die unabhängigen Variablen Arbeitslosenquote, Abgabenquote und Ausländeranteil kann selbst ein Kausalzusammenhang mit dem Wähleranteil des rechten Lagers vermutet werden, da im Zuge der Time-lag Analyse ebenfalls signifikante Zusammenhänge verzeichnet wurden, eindeutige Schlüsse können jedoch nicht gezogen werden.

Diese Dynamiken könnten in weiterer Folge genutzt werden um die politische Färbung der Wählerschaft zu beeinflussen bzw. einer Radikalisierung vorzubeugen und das Miteinander und die Integration zu fördern. Überspitzte bzw. ausufernde Agitationen im Zuge der Wahlkämpfe in Bezug auf die sogenannte Ausländerfrage führen nicht nur zur Diskriminierung vieler Mitbürger, sondern verdrängen wesentliche politische Themen.

7. Literaturverzeichnis

Anderson, C. J. (2000). *Economic voting and political context: a comparative perspective*. Binghampton: Binghampton University.

Anderson, C. J. (1996). *Economics, Politics, and Foreigners: Populist Party Support in Denmark and Norway*. Houston.

Bauböck, R., & Perchinig, B. (2006). Migrations- und Integrationspolitik. In Dachs, Gerlich, Gottweis, Kramer, Lauber, Müller, et al., *Politik in Österreich*. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.

Betz, H.-G. (2002). Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften* .

Bock-Schappelwein, J. (2005). *Entwicklung und Formen der Arbeitslosigkeit in Österreich seit 1990*. WIFO.

Brickner, I., & Moravec, M. (4. Dezember 2008). *Fekter kritisiert Asylpläne der EU-Kommission*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von http://derstandard.at/1227287716161?sap=2&_seite=2

Brockhaus. (1999). *Der Brockhaus in zwei Bänden: L-Z*. Leipzig/Mannheim: Brockhaus Verlag.

Bundeskanzleramt. (2004-2010). *Bundeskanzleramt Österreich*. Abgerufen am 29. Juli 2010 von <http://www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx>

Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem. (a). *Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem*. Abgerufen am 11. Oktober 2010 von <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12015119&ResultFunctionToken=d5929d8c-7c96-4a64-b62a-42a141043bad&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&Bi>

Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem. (b). *Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem*. Abgerufen am 11. Oktober 2010 von <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40087968&ResultFunctionToken=b612a579-f297-43ff-9afd-8485e32f82fd&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&Bi>

Bundeskanzleramt. (2005). *www.oesterreich2005.at*. Abgerufen am 15. August 2010 von <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=8651>

Bundesministerium für Inneres. (c). *Entwicklung der Zahl der Asylwerber in der Republik Österreich in der Zeit von 1999 bis 2009*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asylantrge_seit_1999_2009.pdf

Bundesministerium für Inneres. (b). *Wahlen - Nationalratswahl, Historischer Rückblick*. Abgerufen am 22. Oktober 2010 von http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx

- Bundesministerium für Inneres. (a). *Wahlen*. Abgerufen am 11. Oktober 2010 von http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/faq/faq_5.aspx
- Der Spiegel. (1983). *Schreckliches Erbe*. Abgerufen am 7. Jänner 2010 von <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023640>
- Dubiel, H. (2005). Die Stunde der Verführer. In *Populismus in Europa - Krise der Demokratie?* Göttingen: Wallstein Verlag.
- Europa - Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung. (2009). *Der Schengen-Raum und die entsprechende Zusammenarbeit*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/free_movement_of_persons_asylum_immigration/l33020_de.htm
- Guger, A. (1998). Economic Policy and Social Democracy: The Austrian Experience. *Oxford Review of Economic Policy* .
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich und WIFO. (2009). *Arbeitslosenquote seit 1946*. Abgerufen am 14. Juli 2010 von http://www.ams.at/_docs/001_aml46-08.xls
- Helleiner, E. (2009). *Die Finanzkrise und ihre Reaktionen - was bisher geschah*. Friedrich Ebert Stiftung.
- Klein, M., & Arzheimer, K. *Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich*. Köln/Mainz: Universität Köln.
- Kornberger, S. (1998). *Zerfall und Neubeginn - die Gründung der FPÖ*. GRIN Verlag.
- Kreisky Archiv. (kein Datum). *Kreisky Archiv*. Abgerufen am 16. Oktober 2010 von http://www.kreisky.org/index_faqs.htm
- Lauber, V., & Pesendorfer, D. (2006). Wirtschafts- und Finanzpolitik. In Dachs, Gerlich, Gottweis, Kramer, Lauber, Müller, et al., *Politik in Österreich*. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.
- Lipset, S. M. (1954). Democracy and Working-Class Authoritarianism. *American Sociological Review* .
- Lubbers, M., Gijssels, M., & Scheepers, P. (2002). Extreme right-voting in Western Europe. *European Journal of political research* .
- Luther, K. R. (2006). Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). In H. Dachs, P. Gerlich, H. Gottweis, H. Kramer, V. Lauber, W. C. Müller, et al., *Politik in Österreich*. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.
- Luther, K. R. (2008). *The Austrian parliamentary election of 2006*. Keele: Keele University.
- Maria Vassilakou. (2010). *Das Blog der Klubobfrau der Grünen Wien*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von <http://vassilakou.wordpress.com/2010/08/02/ius-soli-jetzt-einfuehren/>
- Mudde, C. (2004). *The Populist Zeitgeist*. Oxford.

News. (2002). *News Networld Internetservice GmbH*. Abgerufen am 16. August 2010 von "Dreck am Stecken": Prozess wegen übler Nachrede: <http://www.news.at/articles/0202/10/27902/dreck-stecken-prozess-nachrede>

orf.at. (2010). *Häupl braucht Koalitionspartner*. Abgerufen am 3. November 2010 von <http://news.orf.at/stories/2019341/2019337/>

Österreichisches Statistisches Zentralamt. (1995). *Republik Österreich 1945-1995*. Wien: Republik Österreich, Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Pelinka, A. (2002). Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften* .

Pelinka, A., & Rosenberger, S. (2000). *Österreichische Politik*. Wien: WUV-Verlag.

Petrich-Hornetz, A. (2006). *Der Ölschock von 1973*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von <http://www.wirtschaftswetter.de/ausgabe71/oelschock.html>

Pink, O., & Dannhauser, C. (16. 12 2009). *Strache holt Kärntner Orange heim*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/528650/index.do?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/528557/index.do&direct=528557

Pollak, W. Die Zweite Republik. In W. Pollak, *Tausend Jahre Österreich: Eine biographische Chronik, Band 3: Der Parlamentarismus und die beiden Republiken*. Wien: Wiener Verlag GmbH.

Remmer, K. L. (1991). The political impact of economic crisis in Latin America in the 1980s. *American Political Science Review* .

Rosenberger, S. (Jänner 2010). Migration als Spielball der Politik. *univie - Das Alumni Magazin der Universität Wien* .

Sandgruber, R. (1995). *Ökonomie und Politik: Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Wien: Carl Ueberreuter.

Scheuch, M. (1994). *Österreich: Provinz, Weltreich, Republik*. Wien: Das Beste GmbH und Christian Brandstetter Verlagsgesellschaft m.b.H.

Scheuregger, D., & Spier, T. (2007). Working-Class Authoritarianism und die Wahl rechtspopulistischer Parteien. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* .

Seidel, H. (2005). *Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.

Statistik Austria. (2007 a). *Bevölkerung 2001 nach Religionsbekenntnis und Staatsangehörigkeit*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von http://www.statistik.at/web_de/static/bevoelkerung_2001_nach_religionsbekenntnis_und_staatsangehoerigkeit_022894.pdf

Statistik Austria. (2007 b). *Bevölkerung 2001 nach Religionsbekenntnis, Staatsangehörigkeit und Bundesländern*. Abgerufen am 23. Oktober 2010 von

http://www.statistik.at/web_de/static/bevoelkerung_2001_nach_religionsbekenntis_staatsangehoerigkeit_und_bundesl_022895.pdf

Statistik Austria. (2010 b). *Bevölkerung am 1.1.2010 nach zusammengefasster Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen*. Abgerufen am 16. Oktober 2010 von http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/031407.html

Statistik Austria. (2010 c). *Bruttoinlandsprodukt und verfügbares Einkommen*. Kontaktperson: Gerhard Hengst-Denner.

Statistik Austria. (2009). *Demographisches Jahrbuch 2008*. Abgerufen am 16. Oktober 2010 von http://www.statistik.at/web_de/Redirect/index.htm?dDocName=042258

Statistik Austria. (2010 d). *Jahresdurchschnittsbevölkerung seit 1961 nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von http://www.statistik.at/web_de/static/jahresdurchschnittsbevoelkerung_seit_1961_nach_geschlecht_und_staatsangeho_022309.pdf

Statistik Austria. (2010 a). *Statistisches Jahrbuch Österreichs 2010*. Abgerufen am 17. Oktober 2010 von http://www.statistik.at/web_de/static/wahlen_stat._jahrbuch_042645.pdf

Statistik Austria. (2008). *Steuern und Sozialbeiträge in Österreich, Einnahmen des Staates und der EU*. Kontaktperson: Eveline Pfeiler.

Tálos, E. (1981). *Staatliche Sozialpolitik in Österreich: Rekonstruktion und Analyse*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.

Weissensteiner, F. (kein Datum). *Das politische Phänomen Jörg Haider*. Abgerufen am 31. Oktober 2010 von Wiener Zeitung: <http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/haider.htm>

8. Anhang

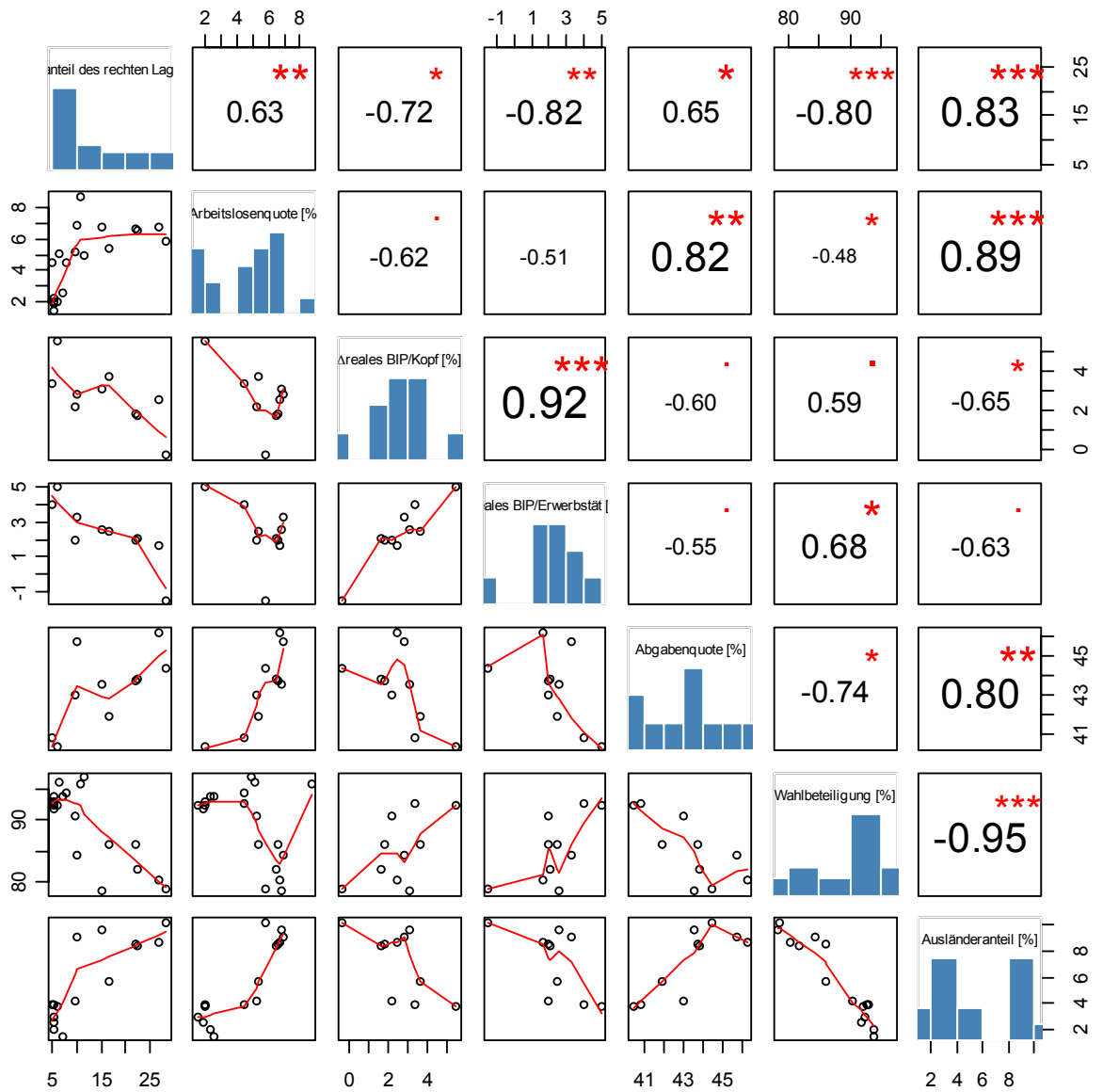
Die folgenden 3 Tabellen zeigen die Datensätze der gewählten Variablen ohne Zeitversatz, 1 Jahr (LAG 1) sowie 2 Jahre (LAG 2) vor der Wahl.

Wahljahr	Wähleranteil des rechten Lagers [%]	Arbeitslosenquote [%]	Δ des realen BIP/Kopf [%]	Δ des realen BIP/Erwerbstätigen [%]	Abgabenquote [%]	Wahlbeteiligung [%]	Ausländeranteil [%]
1949	11,7	4,9				96,8	
1953	10,9	8,7				95,8	
1956	6,5	5,1				96	
1959	7,7	4,5				94,2	
1962	7	2,6				93,8	1,4
1966	5,35	2,3				93,8	1,9
1970	5,5	1,9				91,8	2,5
1971	5,5	1,5				92,4	2,9
1975	5,4	2				92,9	3,8
1979	6,1	2	5,5	5	40,4	92,2	3,7
1983	5	4,5	3,4	4	40,8	92,6	3,9
1986	9,7	5,2	2,2	2	43,0	90,5	4,1
1990	16,6	5,4	3,7	2,5	41,9	86,1	5,6
1994	22,5	6,5	1,7	2,1	43,8	81,9	8,4
1995	22	6,6	1,8	2	43,7	86	8,5
1999	26,9	6,7	2,5	1,6	46,2	80,4	8,7
2002	10,01	6,9	2,8	3,3	45,7	84,3	9,1
2006	15,15	6,8	3,1	2,6	43,5	78,5	9,7
2008	28,24	5,8	-0,3	-1,5	44,4	78,8	10,2

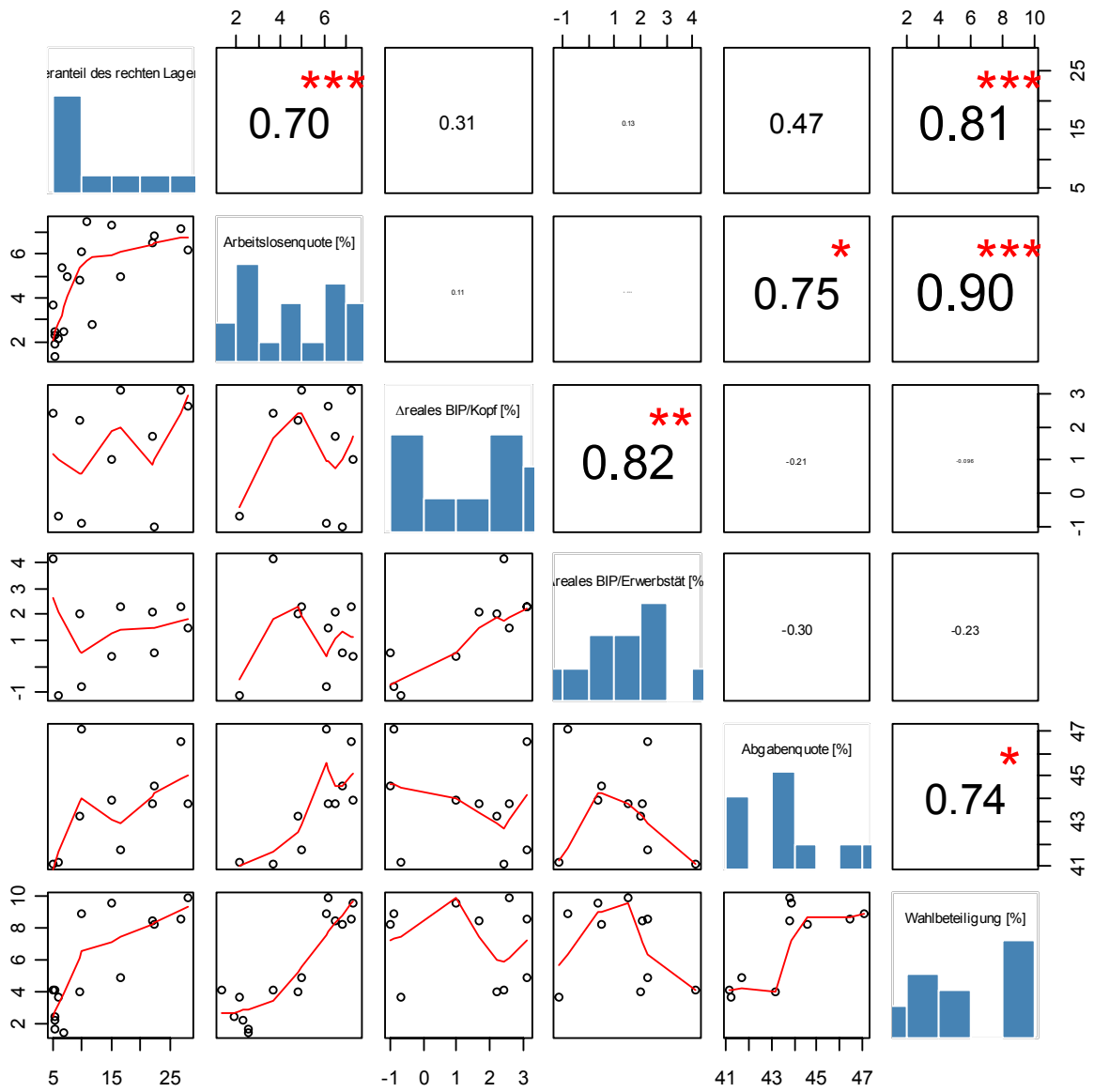
LAG 1 (Werte der Variablen jeweils ein Jahr vor der Wahl)						
Wahljahr	Wähleranteil des rechten Lagers [%]	Arbeitslosenquote	Δ reales BIP/Kopf [%]	Δ reales BIP/Erwerbstätigen [%]	Abgabenquote [%]	Ausländeranteil [%]
1949	11,7	2,8				
1953	10,9	7,5				
1956	6,5	5,4				
1959	7,7	5,0				
1962	7,0	2,5				1,4
1966	5,4	2,5				1,7
1970	5,5	2,3				2,2
1971	5,5	1,9				2,5
1975	5,4	1,3				4,1
1979	6,1	2,1	-0,7	-1,1	41,2	3,7
1983	5,0	3,7	2,4	4,1	41,1	4,1
1986	9,7	4,8	2,2	2,0	43,2	4,0
1990	16,6	5,0	3,1	2,3	41,7	4,9
1994	22,5	6,8	-1,0	0,5	44,6	8,2
1995	22,0	6,5	1,7	2,1	43,8	8,4
1999	26,9	7,2	3,1	2,3	46,5	8,6
2002	10,0	6,1	-0,9	-0,8	47,1	8,9
2006	15,2	7,3	1,0	0,4	43,9	9,6
2008	28,2	6,2	2,6	1,5	43,8	9,9

LAG 2 (Werte der Variablen jeweils zwei Jahre vor der Wahl)						
Wahljahr	Wähleranteil des rechten Lagers [%]	Arbeitslosen- quote [%]	Δ reales BIP/Kopf [%]	Δ reales BIP/Erwerb- stätigen [%]	Abgaben- quote [%]	Ausländer- anteil [%]
1949	11,7	2,7				
1953	10,9	5,6				
1956	6,5	5,4				
1959	7,7	4,7				
1962	7	3,4				
1966	5,35	2,6				1,4
1970	5,5	2,6				1,9
1971	5,5	2,3				2,1
1975	5,4	1,2				2,9
1979	6,1	1,8	4,6	3,1	39,1	3,8
1983	5	2,4	-2,1	-1,4	42	3,7
1986	9,7	4,5	-0,4	-0,1	42,4	4,1
1990	16,6	5,3	3,1	2,6	42,7	4,1
1994	22,5	5,9	0,5	1	43,9	5,6
1995	22	6,8	-1	0,5	44,6	6,5
1999	26,9	7,1	0,9	0,5	46,6	8,5
2002	10,01	5,8	2,8	1,8	45,3	8,6
2006	15,15	7,1	2,1	2,4	44,9	9,1
2008	28,24	6,8	3,1	2,6	43,5	9,3

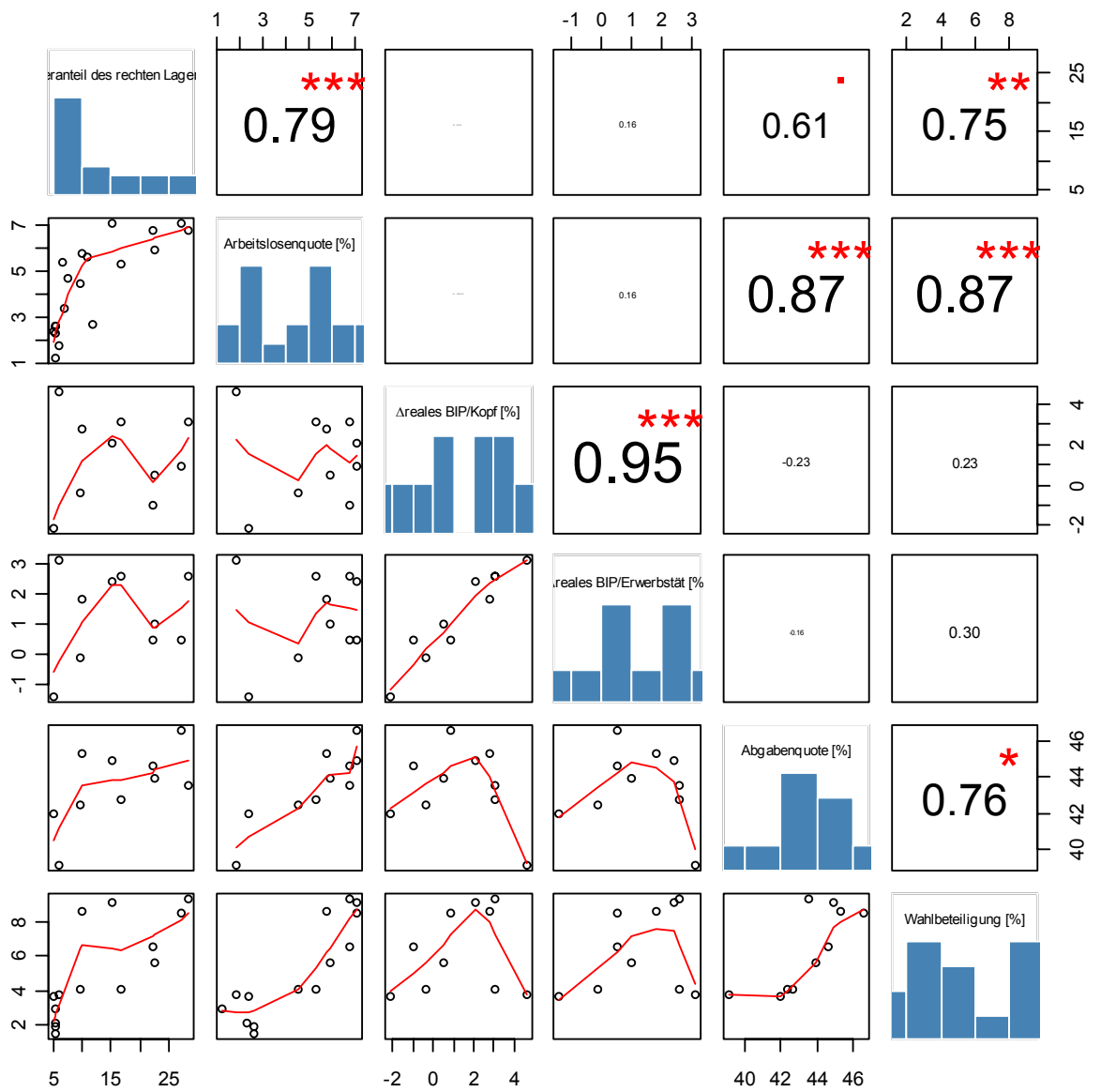
Korrelationsmatrix aller Variablen ohne Zeitversatz (in der Grafik sind links Steuerdiagramme mit roten Anpassungslinien erkennbar, in der Mitte diagonal im Plot sind die einzelnen Variablen als Histogramme dargestellt und rechts die Werte der Korrelationen und deren Signifikanz)



Korrelationsmatrix aller Variablen für LAG 1



Korrelationsmatrix aller Variablen für LAG 2



Ergebnisse der Korrelationsanalyse für LAG 1

	Wähleranteil des rechten Lagers [%]	Arbeitslosen- quote [%]	Δ reales BIP/Kopf [%]	Δ reales BIP/Erwerbs- tätigen [%]	Abgaben- quote [%]	Ausländer- anteil [%]
Wähleranteil des rechten Lagers [%]	1	0,70	0,31	0,13	0,46	0,81
	Korrelation	0,001	0,377	0,725	0,179	0,000
	Signifikanz	19	10	10	10	15
	N					
Arbeitslosenquote [%]		1	0,11	0,03	0,75	0,90
	Korrelation		0,759	0,924	0,013	0,000
	Signifikanz		10	10	10	15
	N					
Δ reales BIP/Kopf [%]			1	0,82	-0,22	-0,10
	Korrelation			0,003	0,550	0,788
	Signifikanz			10	10	10
	N					
Δ reales BIP/Erwerbstätigen [%]				1	-0,30	-0,24
	Korrelation				0,392	0,513
	Signifikanz				10	10
	N					
Abgabenquote [%]					1	0,74
	Korrelation					0,014
	Signifikanz					10
	N					
Ausländeranteil [%]						1
	Korrelation					
	Signifikanz					
	N					

Ergebnisse der Korrelationsanalyse für LAG 2

	Wähleranteil des rechten Lagers [%]	Arbeitslosen- quote [%]	Δ reales BIP/Kopf [%]	Δ reales BIP/Erwerbstätigen [%]	Abgaben- quote [%]	Ausländer- anteil [%]
Wähleranteil des rechten Lagers [%]	1	0,79	0,03	0,16	0,61	0,75
	Korrelation	0,000	0,927	0,650	0,060	0,002
	Signifikanz	19	10	10	10	14
	N					
Arbeitslosenquote [%]		1	0,00	0,16	0,87	0,87
	Korrelation		0,993	0,655	0,001	0,000
	Signifikanz		10	10	10	14
	N					
Δ reales BIP/Kopf [%]			1	0,95	-0,23	0,23
	Korrelation			0,000	0,522	0,517
	Signifikanz			10	10	10
	N					
Δ reales BIP/Erwerbstätigen [%]				1	-0,16	0,30
	Korrelation				0,655	0,402
	Signifikanz				10	10
	N					
Abgabenquote [%]					1,0	0,76
	Korrelation					0,010
	Signifikanz					10
	N					
Ausländeranteil [%]						1
	Korrelation					
	Signifikanz					
	N					

Ergebnisse der linearen Regression für LAG 1:

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Arbeitslosenquote

R	0,7				
R-Quadrat	0,5				
Korrigiertes R-Quadrat	0,47				
Standardfehler des Schätzers	5,63				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	0,178	3,167		0,056	0,956
Arbeitslosenquote [%]	2,582	0,632	0,704	4,084	0,001

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Δ reales BIP/Kopf

R	0,31				
R-Quadrat	0,1				
Korrigiertes R-Quadrat	-0,01				
Standardfehler des Schätzers	8,51				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	14,052	3,551		3,958	0,004
Δ reales BIP/Kopf [%]	1,606	1,717	0,314	0,935	0,377

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Δ reales BIP/Erwerbstätigen

R	0,13				
R-Quadrat	0,02				
Korrigiertes R-Quadrat	-0,11				
Standardfehler des Schätzers	8,89				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	15,316	3,751		4,083	0,004
Δ reales BIP/Erwerbstätigen [%]	0,68	1,868	0,128	0,364	0,725

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Abgabenquote

R	0,46				
R-Quadrat	0,21				
Korrigiertes R-Quadrat	0,12				
Standardfehler des Schätzers	7,94				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	-	56,501		-	0,27
Abgabenquote [%]	66,968	1,292	0,462	1,474	0,179

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Ausländeranteil

R	0,81				
R-Quadrat	0,66				
Korrigiertes R-Quadrat	0,63				
Standardfehler des Schätzers	5,15				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	0,544	2,77		0,196	0,847
Ausländeranteil [%]	2,228	0,444	0,812	5,013	0,000

Ergebnisse der linearen Regression für LAG 2:

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Ausländeranteil

R	0,79				
R-Quadrat	0,62				
Korrigiertes R-Quadrat	0,59				
Standardfehler des Schätzers	4,91				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	1,625	2,836		0,573	0,574
Arbeitslosenquote	3,079	0,589	0,785	5,229	0,000

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Δ reales BIP/Kopf

R	0,03				
R-Quadrat	0				
Korrigiertes R-Quadrat	-0,12				
Standardfehler des Schätzers	8,95				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	16,04	3,414		4,699	0,574
Δ reales BIP/Kopf [%]	0,132	1,402	0,033	0,094	0,000

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Δ reales BIP/Erwerbstätigen

R	0,16				
R-Quadrat	0,03				
Korrigiertes R-Quadrat	-0,09				
Standardfehler des Schätzers	8,84				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	14,969	3,856		3,882	0,005
Δ reales BIP/Erwerbstätigen [%]	0,962	2,044	0,164	0,471	0,65

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Abgabenquote

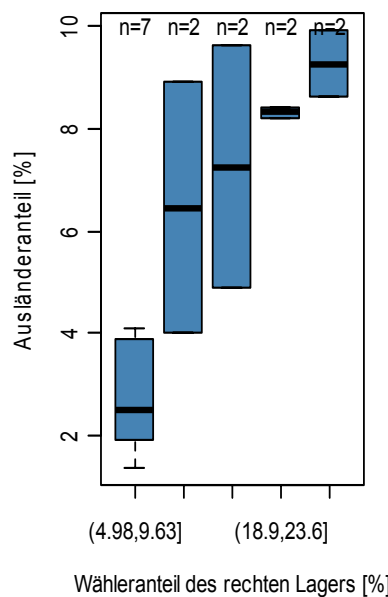
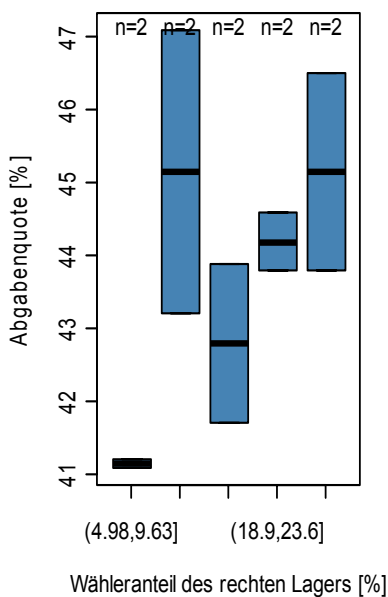
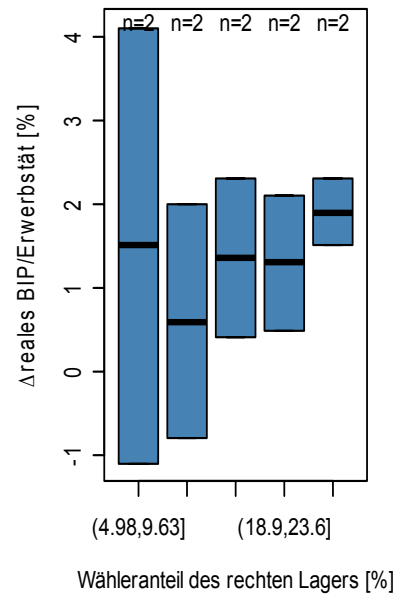
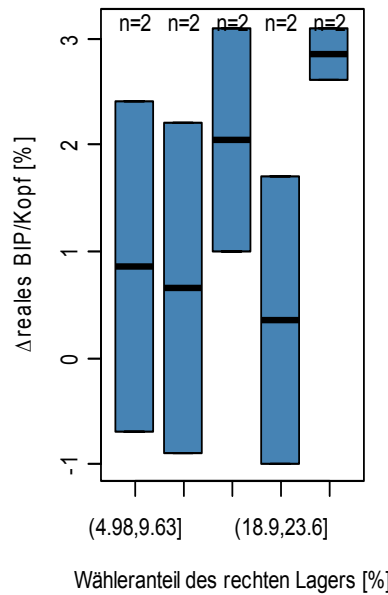
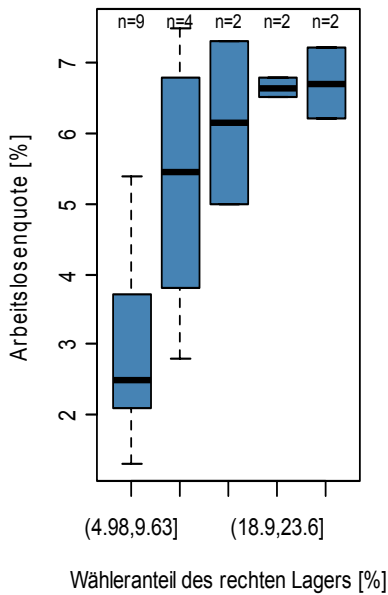
R	0,61				
R-Quadrat	0,37				
Korrigiertes R-Quadrat	0,3				
Standardfehler des Schätzers	7,09				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	90,805	49,034		1,852	0,101
Abgabenquote	2,46	1,126	0,611	2,185	0,06

Y = Wähleranteil des rechten Lagers und X = Ausländeranteil

R	0,75				
R-Quadrat	0,57				
Korrigiertes R-Quadrat	0,53				
Standardfehler des Schätzers	5,92				
	B	Standardfehler	Beta	T	Signifikanz
(Konstante)	1,312	3,37		0,389	0,704
Ausländeranteil	2,308	0,581	0,754	3,975	0,002

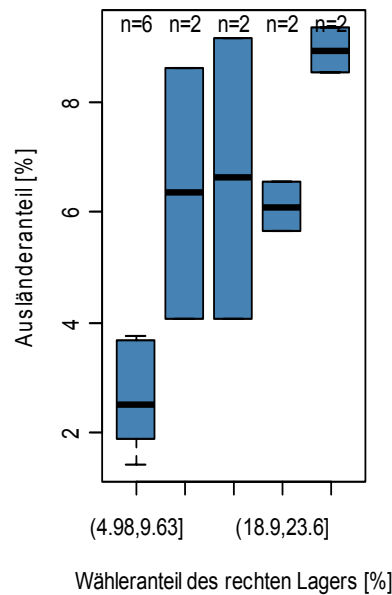
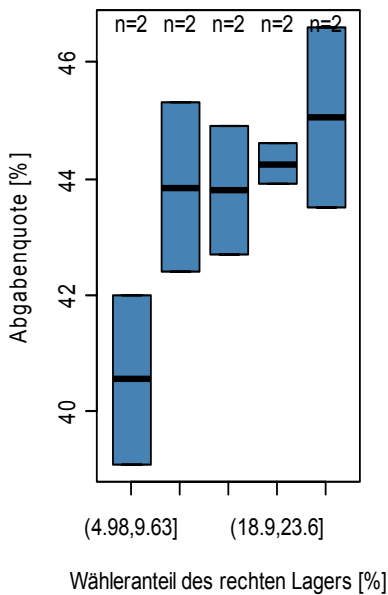
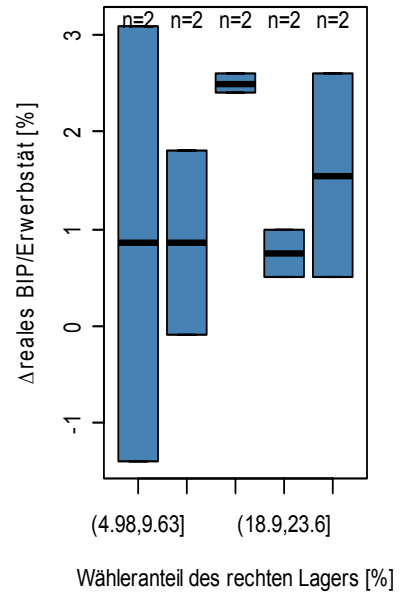
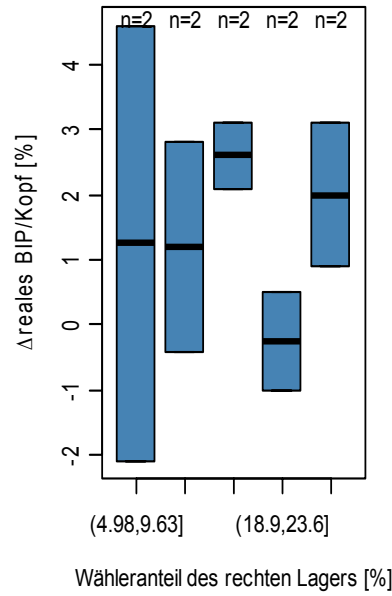
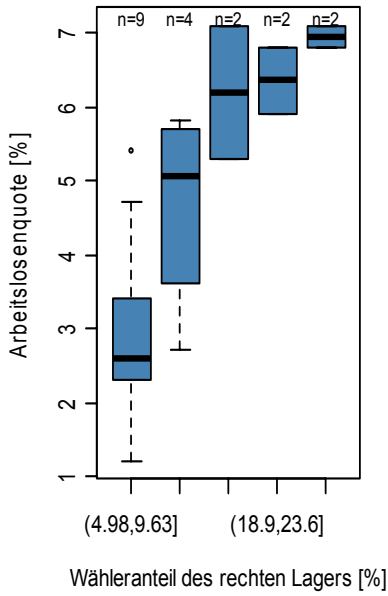
Boxplots zur Darstellung der Beziehung zwischen den Variablen Arbeitslosenquote, Veränderung des realen BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen, Abgabenquote und Ausländeranteil mit dem Wähleranteil des rechten Lagers für LAG 1

Lag 1



Boxplots zur Darstellung der Beziehung zwischen den Variablen Arbeitslosenquote, Veränderung des realen BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen, Abgabenquote und Ausländeranteil mit dem Wähleranteil des rechten Lagers für LAG 2

Lag 2



Curriculum Vitae

❖ Persönliche Daten

Name: Alexandra-Isabella ZLABINGER
Geburtsdatum: 11. März 1983
Geburtsort: Wien
Nationalität: Österreich

❖ Ausbildung

Oktober 2003 – November 2010:

Diplomstudium an der Universität Wien in Internationaler Betriebswirtschaftslehre
Spezialisierung: Electronic Business und International Management

September 1988 – Juni 2002:

Lycée Français de Vienne

1998: Diplôme National du Brevet
2002: Diplôme du Baccalauréat Général mit Spezialisierung auf Wirtschaft
Österreichische Reifeprüfung

❖ Praktika

August 2009: Saint-Gobain Isover Austria GmbH, Abteilung Marketing
August 2008: Saint-Gobain Isover Austria GmbH, Abteilung Marketing
August 2007: Saint-Gobain Isover Austria GmbH, Abteilung Marketing
Juli 2000: Tel-Mineralwolle AG, Abteilung Kundenservice
Juli 1999: Tel-Mineralwolle AG, Abteilung Labor

❖ Auslandsaufenthalt

Oktober 2002 – Oktober 2003: Niederlande
Hotel Alkema (Assistentin der Geschäftsleitung)

❖ Sprachen

Deutsch: Muttersprache
Englisch: fließend in Wort und Schrift
Französisch: fließend in Wort und Schrift
Holländisch: fließend in Wort und Schrift